

C. Ideologische Konzepte zur Lösung der „sozialen Frage“

von

Werner Drobesch

1. Gegen den „Pauperismus“: antikapitalistischer Sozialkonservatismus und Sozialutopie

„Unter den schrecklichsten Erscheinungen unserer Zeit, verdient die allgemeine Klage über die zunehmende Armuth, eine ausgezeichnete Berücksichtigung. [...] Ja selbst die österreichischen Staaten, in ihrer weiten Ausdehnung und der Verschiedenheit ihrer Staats-Verfassungen, liefern traurige Belege hierzu.“¹

So leitete Albert von Hummelauer mitten im Vormärz seine Reflexionen *Über die Verarmung der ackerbauenden Classe* ein. Der in der nachnapoleonischen Zeit einsetzende säkulare Wandel von einer feudalen zu einer auf marktwirtschaftlich-kapitalistischen Prämissen basierenden Volkswirtschaft im Habsburgerstaat ging am Kärntner Grundherrn nicht spurlos vorüber. Mit der Auflösung der traditionellen feudal-grundherrschaftlichen Strukturen, gepaart mit dem industriellen Take-off, begannen sich soziale Umbrüche abzuzeichnen. Die ständisch-feudale Welt mit der Institution des „ganzen Hauses“ und der Rahmen der städtisch-gewerblichen Sozialordnung mit den Zünften verloren mehr und mehr ihre sozialen Funktionen. Neue Paradigmen wie „freie Konkurrenz“, „Selbstverantwortlichkeit“ und „Selbstinteresse“ hielten Einzug in die Arbeits- und Lebenswelt. Bald ließ die „krasse frühindustrielle Ausbeutung“ den „Pauperismus“ entstehen. In den Städten wuchs er „zu einem Phänomen von bedrohlicher Dimension“ an².

Unter dem Vorzeichen des „freien Spiels der Kräfte“ verschärfte sich die Lebenssituation der ländlich-klein(st)bäuerlichen Bevölkerung, der Handwerksmeister, der Greißler und der Industriearbeiterschaft. Ab den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gestaltete sich deren Lebensalltag zunehmend schwieriger, was von vielen Beobachtern wahrgenommen wurde. Mancher erblickte im Eintritt der Monarchie in die Epoche der Industrialisierung den Beginn einer „Zeit der materiellen Leiden“³. Unübersehbar

¹ ALBERT VON HUMMELAUER, *Über die Verarmung der ackerbauenden Classe*. Ein Versuch (Wien 1836) 1 f.

² WOLFGANG HÄUSLER, *Soziale Protestbewegungen in der bürgerlich-demokratischen Revolution der Habsburgermonarchie 1848*; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), *1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa* (= *Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum* 18, München 1996) 177.

³ JOHANNES ALOIS PERTHALER, *Ein Standpunkt zur Vermittlung sozialer Mißstände im Fabriksbetriebe*; in: CARL JANTKE, DIETRICH HILGER (Hgg.), *Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und*

war, dass das vorhandene soziale Sicherungsnetz nicht mehr ausreichte. Es entstand ein auf den Prinzipien des Kapitalismus basierender Markt, in dem neue Verteilungsmechanismen für Lebenschancen geschaffen wurden. Im noch feudalen Agrarsektor erhöhte sich, insbesondere in den böhmischen Ländern⁴, der Arbeits- und Abgabendruck seitens der Grundherren auf die bäuerliche Bevölkerung; und im städtischen Bereich erzeugten eine oft unzureichende Ernährungslage, die beengte Wohnsituation, der vermehrte Einsatz von Frauen und Kindern im industriellen Arbeitsprozess sowie stagnierende Löhne die Pauperisierung. Nicht unzutreffend lautete eine Diagnose über den sozialen Status quo im späten Vormärz:

„Wann hat es größeres materielles Elend gegeben, wann hat die Menschheit an tieferen, schreckhafteren Wunden geblutet als eben jetzt? Tausende von Menschen sind inmitten einer reichen, stets wachsenden Zivilisation verwaist, vergessen und einem namenlosen Elend preisgegeben, wissen von einem Tage auf den anderen nicht, wo sie ihr Haupt hinlegen, wo sie das ärmliche Stück Brot finden werden, das ihr jammervolles Leben fristen soll – und durch diese habe- und heimatlosen Proletarier, deren Anzahl mit jedem Tage wächst, bereitet sich rasch und drohend eine Umwälzung vor.“⁵

Andere Beobachter schlossen sich diesem Urteil an. Demnach stiegen „die Bedrückungen des Bauernstandes durch die landesfürstlichen, die guts-, dorf- und zehentrechtlichen Abgaben und Leistungen“ ins Ungeheuerliche, sodass es nicht verwunderlich war, dass die Bauern „eine höchst kümmerliche Existenz“ führten⁶. Konnten sich in Galizien oder Böhmen viele zumindest ein- bis zweimal jährlich noch „Fleisch als Leckerbissen [...] verschaffen“, war „das Elend der Riesengebirgs- oder sonstigen österreichischen Gebirgsbewohner [...] nicht [mehr] mit Worten zu beschreiben“⁷. Dieses „Österreich hatte [auch] ein Proletariat, welches dem von Frankreich nicht viel nachstand“. Überall herrschte ein „schauderhaftes, haarsträubendes, massenhaftes Elend“⁸. Der so urteilende Ernst Violand war in seinem Selbstverständnis ein „socialer Demokrat“, aber seine Sicht war keine Einzelmeinung. Auch der Feudalaristokrat Albert von Hummelauer beurteilte die Lage ebenso. Von aufklärerischen Ideen inspiriert und mit dem Gedankengut der klassischen Nationalökonomie sympathisierend, zeigte dem Besitzer einer kleinen Kärntner Grundherrschaft die „tägliche Erfahrung“, dass „ungeachtet der durch alle Hilfsmittel einer hochentwickelten Civilisation [...] vermehrten Productions-Mittel [und] ungeachtet eines entsprechenden Zuwachses an wünschenswerten Gütern jeder Art, die Mehrzahl der Bevölkerung der Verarmung“

die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur (= *Orbis academicus* 4, Freiburg – München 1965) 338.

⁴ Vgl. FRANTIŠEK KUTNAR (Hg.), *Paměti sedláka Josefa Dlaska* [Die Memoiren des Bauern Josef Dlask] (Praha 1941); VLADIMÍR KIMEŠ, *Česká vesnice v roce 1848* [Das böhmische Dorf im Jahre 1848] (Praha 1949).

⁵ [VICTOR VON ANDRIAN-WERBURG], *Oesterreich und dessen Zukunft I* (Hamburg ²1843) 29.

⁶ ERNST VIOLAND, *Die sociale Geschichte der Revolution in Österreich 1848*, neu herausgegeben von WOLFGANG HÄUSLER (Wien 1984) 66.

⁷ EBD.

⁸ EBD. 68.

zueilte⁹. Für ihn stand fest, dass die „soziale Sicherheit der Arbeit“ nicht mehr gewährleistet war. Das Maschinengewerbe, Fabriken, Berg- und Hüttenwerke, Eisenbahnen und Dampfschiffahrten hatten „eine beträchtliche Anzahl von arbeitsfähigen Menschen überflüssig und brotlos gemacht“. Zudem hatten sich „durch den veränderten industriellen Betrieb auch die Lebensbedingungen derjenigen verändert, welche scheinbar so glücklich waren, Beschäftigung [...] zu finden“¹⁰. Ähnlich urteilte Karl von Kleyle, Güterdirektor Erzherzog Karls bis 1847, über die soziale Entwicklung. Gleich einer Cassandra skizzierte er die sich verschlechternde Arbeits- und Lebenssituation ab Mitte der vierziger Jahre:

„Allgemeine Teuerung, welche sich in einzelnen Teilen der Monarchie bis zur Hungernot steigert, [...] der wankende Kredit der Finanzen bereitet [...] eine Krisis vor [...]. Der Augenblick der Entscheidung [...] wird umso zerstörender auftreten, je weniger Kräfte gesammelt werden, die helfen und retten können. [...] Ja, wir werden durch die gesteigerte Mißstimmung das gewaltsame Ende [...] schneller herbeiführen.“¹¹

Unübersehbar war die Politik mit allen Problemen einer Umbruchgesellschaft konfrontiert. In besonderer Weise galt dies für die sozialen Problemfelder. Immer weniger zeigten sich aber die staatlichen Stellen und private Initiativen den Anforderungen gewachsen. Das soziale Netz und die traditionellen karitativen Institutionen wie die Bruderschaften, die Fabrikassen, die auf Joseph II. zurückgehenden Pfarrarmeninstitute oder andere Hilfsvereinigungen konnten die neuen sozialen Anforderungen immer weniger bewältigen. Die staatlichen Maßnahmen, wie 1842 das Verbot, Kinder unter neun Jahren in Fabriken zu beschäftigen oder die Festlegung eines zwölfstündigen Maximalarbeitstages¹², waren nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Situation der Industriearbeiterschaft war damit nicht entscheidend zu verbessern. Aber auch für Teile der ländlich-agrarischen Bevölkerung (Dienstboten, Tagelöhner, Inleute) wurde trotz Änderungen in der grundherrlichen Agrarverfassung und den damit verbundenen Einschränkungen der Robot und der Abgaben der Lebensalltag nicht leichter. Im Falle der bäuerlichen Bevölkerung Böhmens und Galiziens, die ihr „Schicksal scheinbar mehr oder minder resignierend“ hingenommen hatte, sowie der in den Sog der Industrialisierung geratenen nordböhmischen Textil- und Eisenregion, führte dies zu Protesten und Streiks: einerseits gegen die Auswüchse der Industrialisierung, andererseits gegen die Überbürdung mit grundherrlichen Belastungen¹³. Was die Lage erschwerte, war eine industrielle Krise, die nach 1840 zu einer Freisetzung von tausenden Arbeitern führte.

⁹ HUMMELAUER, Verarmung 4.

¹⁰ SOCIALE UND POLITISCHE ZUSTÄNDE ÖSTERREICHS MIT BESONDERER BEZIEHUNG AUF DEN PAUPERISMUS (Leipzig 1847) 190.

¹¹ Zit. WOLFGANG HÄUSLER, „Was kommt heran mit kühnem Gange?“ Ursachen, Verlauf und Folgen der Wiener Märzrevolution 1848; in: ERNST BRUCKMÜLLER, WOLFGANG HÄUSLER (Hgg.), 1848. Revolution in Österreich (= Schriften des Instituts für Österreichkunde 62, Wien 1999) 34.

¹² WILHELM WEBER, Die sozialpolitische und sozialrechtliche Entwicklung in Österreich 1848 bis 1948. A: Sozialpolitik und Sozialrecht von 1848 bis 1945; in: HANS MAYER (Hg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848–1948 (Wien 1949) 578.

¹³ Vgl. FRIEDRICH WALTER, Die böhmischen Arbeiterunruhen des Jahres 1844; in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 11. Ergänzungsband (1929) 717–734; OTTO

Die ungelösten sozialen Probleme erzeugten ein vermehrtes Interesse für die Lebensfragen des Proletariats. Sozialreformerische Ideen und Forderungen entstanden zwar, waren aber noch nicht von weit reichender Relevanz. Das lag unter anderem daran, dass die vormärzliche Politik, gepaart mit der josephinischen Tradition, einen öffentlichen Diskurs einengte. Dementsprechend bestand hinsichtlich der Pauperismus-Literatur, die in ihren Zielvorstellungen den traditionellen Gesellschaftsmodellen verhaftet blieb, im Vergleich zum westlichen Europa ein Theoriedefizit¹⁴. Aber die soziale Englage wurde erkannt. Die Schar der Vordenker blieb vorerst klein. Vom deutschen Ausland aus thematisierte man in der Reiseliteratur, in der politischen Lyrik und in der zeitgenössischen Publizistik ab Mitte der dreißiger Jahre die sozialen Problemfelder der Arbeiterschaft – weniger der Bauern und Handwerker – in den Industriezonen der Länder der Wenzelskrone und des Wiener Beckens¹⁵. Die Literaten beschränkten sich auf die bloße Darstellung der Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in den Städten und am Lande. Der (Deutsch-)Böhme Alfred Meißner und der deutsch schreibende Ungar Karl Isidor Beck, ein enttäuschter Liberaler, der in der Tradition jakobinischer Ideen stand¹⁶, gehörten zu den wenigen Vormärz-Literaten, die die Schattenseiten des Arbeiterlebens beschrieben und eine soziale Anklage formulierten:

„Da kommen geschlichen
Vermagert, verblichen
Aus den Fabriken der Reichen,
Aus den Gehöften ihrer Treiber
Die Männer, die Weiber,
Ein langer, langer Zug von Leichen.“¹⁷

Das Entwickeln einer Sozialtheorie oder präziserer sozialer Vorstellungen lag ihnen aber fern. Was sie als Problemlösung für die Beseitigung der Armut präsentierten, war die Besteuerung der vermögenden Bevölkerung. Das brachte ihnen Kritik ein. Laut Engels schrieben sie bloß „ihren philosophischen Unsinn hinter das französische Original“¹⁸.

Erste Ansätze zu einer umfassenderen theoretischen Auseinandersetzung mit der „sozialen Frage“ kamen seitens der Publizistik¹⁹. Konkrete Konzepte zu deren Bewäl-

URBAN, Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1981 I (= Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 2, Wien – Köln – Weimar 1994) 87; HÄUSLER, „Was kommt heran mit kühnem Gange?“ 37.

¹⁴ DERS., Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848 (Wien – München 1979) 101.

¹⁵ EBD. 103.

¹⁶ DERS., Politische und soziale Probleme des Vormärz in den Dichtungen Karl Becks; in: HUBERT LENGAUER, PRIMUS HEINZ KUCHER (Hgg.), Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848–1849. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen (= Literaturgeschichte in Studien und Quellen 5, Wien – Köln – Weimar 2001) 281.

¹⁷ KARL BECK, Die Reichen; in: DERS., Lieder vom armen Mann (Leipzig ²1846) 155.

¹⁸ Zit. ERNST HANISCH, Der junge Engels und die österreichische Literatur des Vormärz; in: Österreich in Geschichte und Literatur 19 (1975) 63; vgl. auch HÄUSLER, Politische und soziale Probleme 290.

¹⁹ Vgl. WALTER KREBS, Die sozialen Probleme Österreichs in der politischen Publizistik des Vormärz, phil. Diss. (Wien 1949).

tigung blieben auch sie schuldig. Einem vorindustriellen Denken verhaftet, dominierten praxisferne theoretische Reflexionen. Anknüpfend an die Prinzipien der Peuplierungspolitik des aufgeklärt-absolutistischen Staates und aus einer traditionellen ständisch-feudalen Perspektive heraus, erblickte Matthias Koch in der Errichtung von „Armenkolonien“ – darunter verstand er „Ackerbaukolonien“ – eine Möglichkeit, die Armen in den Städten in den „bürgerlichen Stande“ zu integrieren, um der Armut beizukommen²⁰. Kochs Überlegungen waren mehr ein Relikt vergangener Zeiten als ein zukunftssträchtiges Sozialprogramm. Ähnliches galt für die Überlegungen Albert von Hummelauers. Ausgehend von den Vorstellungen der katholischen Sozialromantiker, propagierte er ein sozialkonservatives Modell. Hummelauer stand damit in der Tradition Adam Heinrich Müllers, dessen Soziallehre maßgeblich die vormärzliche Politik beeinflusste. Die „soziale Frage“ interpretierte er als ein sozio-ökonomisches Strukturproblem der im Entstehen begriffenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Damit verbunden war die Negation von Kapitalismus und Industrialisierung und das Festhalten an der Utopie einer feudal-zünftischen Ständeordnung zur Schaffung eines sozialen Ausgleichs²¹. Das bedeutete den Rückgriff auf die Welt des „ganzen Hauses“ als „Grundlage jeder Gesindeordnung“. Die Zukunft der Wirtschaft lag nicht in dem sich ausbreitenden Fabrikssystem, sondern in der „alten, vormodernen Zunftwerkstatt“, die mit ihren Produktionsformen die Menschenwürde und den sozialen Frieden garantierte und wo eine „herzliche Verbindung“ des Meisters mit seinen Gesellen und Lehrlingen stattfand²². Nur durch die Rückkehr zu einem präindustriellen Manufaktursystem war die Pauperisierung und Proletarisierung der aus der „Leibeigenschaft“ in die „Geldsklaverei“ gefallenen Arbeiter zu stoppen²³. Als sozialpolitische Hilfsmaßnahme propagierte er die Errichtung von Sparkassen für die „Opfer des neuen liberalen europäischen Geld- und Fabrikssystems“, nämlich „die eigentlichen Fabrik- und Manufakturarbeiter und Tagelöhner“, das „Lohngesinde“ sowie die „verschämten Heimatlosen unter den höheren Ständen, [...] die ohne Fundament und Kapital [...] von der Hand in den Mund leben“²⁴. Diese „sollen dem einzelnen Arbeiter die Hand bieten, was er durch das Fabrikssystem verloren hat, nämlich einen zuverlässigen Stand in der bürgerlichen Gesellschaft [...] wieder zu erwerben.“²⁵

Konträr zu Müller, weil er prinzipiell die Industrialisierung bejahte und seine Sozialtheorie keine dezidiert antikapitalistischen Züge enthielt, entwarf Johann von

²⁰ MATTHIAS I. KOCH, Abhandlung über Armen-Colonien und ihre Errichtung im oesterreichischen Kaiserstaate (Wien 1835) V.

²¹ ERNST HANISCH, Der „vormoderne“ Antikapitalismus der Politischen Romantik. Das Beispiel Adam Müller; in: RICHARD BRINKMANN (Hg.), Romantik in Deutschland. Ein interdisziplinäres Symposium (= Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, Sonderband, Stuttgart 1978) 134.

²² EBD. 135.

²³ Zit. REINHOLD KNOLL, Zur Tradition der christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 13, Wien – Köln – Graz 1973) 65.

²⁴ ADAM HEINRICH MÜLLER, Über die Errichtung von Sparbanken 1819; in: DERS., Ausgewählte Abhandlungen I, herausgegeben von JAKOB BAXA (Jena 21931) 133.

²⁵ EBD. 131.

Perthaler – mehr aus der Position eines aufgeklärt-josephinischen als eines liberalen Bürokraten – das Konzept einer sozialen „Reform von oben“, mit der er den „Unterprivilegierten“ ein System sozialer Sicherheiten schaffen wollte. Das angebotene Rezept war einfach: Im Bereich der Landwirtschaft war eine Agrarreform im Sinne der kleinen Grundbesitzer durchzuführen. Für den gewerblichen Sektor regte er die Konzessionierung und Aufsicht durch die Gemeinden an, und „innerhalb des inländischen Industriekörpers“ hatte der Staat „Maßregeln zu ergreifen“, „wodurch die Möglichkeit eines piratenmäßigen und das Blut der Arbeiterklasse ausbeutenden Industriebetriebes abgeschnitten“ und dem „Anwachsen der antisozialen Elemente ein Damm gesetzt“ würde²⁶. Nur die Intervention von oben garantiere, dass es keine weitere Verschlechterung „des misslichen Zustandes der Arbeiter“ gäbe. Dazu bedurfte es des Ausgleichs der „Verschiedenheit der Interessen des Kapitalisten, des Unternehmers und des Arbeiters“ in der Form, „daß der Arbeiter zur Teilnahme am Kapitalbesitze und Gewinn ebenso wie an der Unternehmung und ihrem Gewinn heraufgezogen“ wurde²⁷. Die Schaffung „eines geordneten sozialen Zustandes“ bildete eine Grundbedingung, damit „der Arbeiter eines solchen Lohnes für seine Arbeit nicht entbehre, daß er für sich und seine Familie eine einträgliche Existenz gesichert“ wusste. Demnach waren die Einführung einer „staatlichen Schutzsteuer“ und die Festsetzung „eines Durchschnittsminimums des Arbeitslohnes“ Möglichkeiten, dem unternehmerischen „Aussaugesystem“ Einhalt zu gebieten²⁸. Die von Perthaler präsentierten Reformgedanken waren ein „Indiz für einen sozialen Reformgeist in der Bürokratie“²⁹. Das traf auch auf den beim mährisch-schlesischen Landrecht Beschäftigten Karl Beidtel zu. Politisch ein Liberaler, trat er als scharfer Kritiker des Wirtschaftsliberalismus auf. Dieser zeichnete für die „Entartung der Gesellschaft“ verantwortlich³⁰. Mit den Lösungsvorschlägen blieb Beidtel aber hinter seiner Kritik zurück. Sie waren weniger ein einheitliches Ganzes als vielmehr ein Mix von Gegensätzen. So erblickte Beidtel „ein Heilmittel für die Gebrechen der Zeit“ unter anderem in der Neuorganisation der Zünfte und in einer restriktiven Empfängnisverhütung, um damit einer weiteren Zunahme des Proletariats Einhalt zu gebieten. Damit fügte er sich in die Gruppe jener Vordenker ein, deren „scharfsichtige Sozialkritik und politisches Fortschrittsdenken [...] von einem undialektischen Kapitalismusbegriff“ ausging und die sich in ihren praktischen Konsequenzen selbst relativierten³¹. Sowohl bei Perthaler als auch bei Beidtel deutete sich „jene radikale Wende an, welche die vormärzliche Reflexion der „soziale Frage“ von einer den Rahmen einer formalrechtlich verstandenen Gleichberechtigung überschreitenden sozialistischen Revolutionstheorie“ trennte³².

²⁶ Vgl. PERTHALER, Standpunkt 347 ff. Der Beitrag „Ein Standpunkt zur Vermittlung sozialer Missstände in Fabriksbetrieben“ erschien ursprünglich in: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit und politische Gesetzkunde 3 (1843) 66–84.

²⁷ EBD. 360.

²⁸ EBD. 252.

²⁹ WILHELM WADL, Liberalismus und soziale Frage in Österreich. Deutschliberale Reaktionen und Einflüsse auf die frühe österreichische Arbeiterbewegung (1867–1879) (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 23, Wien 1987) 27 f.

³⁰ [KARL BEIDTEL], Die Geldangelegenheiten Oesterreichs (Wien 1847) 184.

³¹ HÄUSLER, Massenarmut 117.

³² EBD. 118.

Insgesamt handelte es sich um wenig ausreichende Antworten auf die „soziale Frage“ in der künftigen Industriegesellschaft. Zu sehr konzentrierte man sich auf Einzelfragen. Anders stellte sich das bei Bernard Bolzano dar. Umfassender, weil ganzheitlicher war die vom „bedeutendsten und vielfältigsten Reformkatholiken“³³ formulierte, zu seinen Lebzeiten aber nicht veröffentlichte Vision eines „Wohlfahrtsstaates“, der sich im „besten Staate“ konkretisierte und vom „Momentum der sozialen Gerechtigkeit“ durchdrungen sein sollte³⁴. Im zeitgenössischen Reformdenken bildete die Bolzano'sche Utopie – Höhepunkt der aufgeklärt–christlichen Sozialethik und des Reformkatholizismus vor 1848³⁵ – einen Paukenschlag, wenngleich sie ein Konstrukt ohne sichtbare Auswirkungen auf den Alltag blieb. Abseits der zeitgenössischen Denkmuster entwarf der „Weise von Prag“ unter dem Einfluss der französischen Frühsozialisten, insbesondere Étienne Cabet, eine Sitten- und Gesellschaftslehre, in der sich „alle Handlungen der Individuen [...] an dem allgemeinen Wohl zu messen“ hatten³⁶: „Handle immer so, wie es das allgemeine Beste oder das Wohl des Ganzen erfordert“³⁷, lautete seine Maxime für das individuelle Handeln. Ohne sich „des Spezifischen der ökonomischen und sozialen Lage der entstehenden Arbeiterklasse bewusst“ zu sein, konkretisierte sich sein Programm eines „sozialen Utopismus“ mit „revolutionärer Tendenz“ im Modell des „besten Staates“³⁸. In den zwanziger Jahren begonnen, erhielt es in den vierziger Jahren seine endgültige Gestalt³⁹. Der „beste Staat“, in dem es keine Privilegien der Geburt, des Geschlechts und des Eigentums gab, wurde zum Synonym für die Wahrung sozialer Verantwortung durch die klassenlose Gesellschaft⁴⁰. Es war ein Staat „der arbeitenden Bürger, welche [...] alle öffentlichen Angelegenheiten zum Wohle des Ganzen wie jedes einzelnen selbst“ verwalteten und in dem „die alles durchdringende sittliche Erzie-

³³ KNOLL, Tradition der christlichsozialen Partei 83.

³⁴ KURT STRASSER, Cabale und Liebe. Der politische Gehalt der Erbauungsreden; in: HELMUT RUMPLER (Hg.), Bernard Bolzano und die Politik. Staat, Nation und Religion als Herausforderung für die Philosophie im Kontext von Spätaufklärung, Frühnationalismus und Restauration (= Studien zu Politik und Verwaltung 61, Wien – Köln – Graz 2000) 72.

³⁵ KNOLL, Tradition der christlichsozialen Partei 83.

³⁶ EBD. 82.

³⁷ BERNARD BOLZANO, Lehrbuch der Religionswissenschaft 3, herausgegeben von JAROMÍR LOUŽIL (= Bernard-Bolzano-Gesamtausgabe I 8/1: Vermischte Schriften 1827–1835, Stuttgart – Bad Canstatt 1998) 217, § 2.

³⁸ EDUARD WINTER, Der böhmische Vormärz in Briefen Bernard Bolzanos an F. Přihonský (1824–1848). Beiträge zur deutsch-slawischen Wechselseitigkeit (Berlin/Ost 1956) 78; ERNST GLASER, Im Umfeld des Austromarxismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des österreichischen Sozialismus (= Publikationen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien – München – Zürich 1981) 43.

³⁹ Vgl. JAROMÍR LOUŽIL, Bernard Bolzanos Sitten- und Gesellschaftslehre; in: CURT CHRISTIAN (Hg.), Bernard Bolzano. Leben und Wirkung (= Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Sitzungsberichte 391 = Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte der Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin 38, Wien 1981) 17.

⁴⁰ BERNARD BOLZANO, Von dem besten Staate. Nach der im Bolzano-Nachlaß befindlichen Handschrift des Nationalmuseums zu Prag; in: WILHELM STÄHLER (Hg.), Paradoxien in der Politik. Aus Bolzanos Nachlaß, herausgegeben, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von WILHELM STÄHLER (Münster i. W. 1933) 1–167.

hung“ die Bürger vor Ungleichheit und Ausbeutung schützen sollte. Daraus erwuchs eine umfassende Sozialvision im Sinne eines radikalen Reformkatholizismus⁴¹. Abseits der Einschränkung des Privateigentums – falls durch dieses dem Gemeineigentum ein nachweisbarer Nachteil entstand – hatte der Staat die Produktion lebensnotwendiger Güter zu subventionieren, gegen die Arbeitslosigkeit einzuschreiten und „alle Kosten [zu] bestreiten, welche der Unterhalt, die Pflege und Unterweisung der Kinder und jungen Leute, von welchen Eltern sie immer abstammen mögen“, verursachten, ferner für „die Kosten der Erhaltung, Heilung und Pflege“ für alle kranken, alten, gebrechlichen und „blödsinnigen“ Menschen, die außerstande waren, „sich das, wessen sie bedürfen, durch ihre eigene Arbeit zu verdienen“, aufzukommen⁴². Bolzano blieb kein bloßer Sozialtheoretiker. Er engagierte sich auch sozialpolitisch, etwa bei der Gründung eines „Vereines zur Herstellung wohlfeiler Wohnungen“ in Prag (Praha; *Praha*)⁴³. Sein radikales Programm war eine Antwort auf die sozialen Implikationen im Zusammenhang mit der Krise der feudalen Welt und dem Aufkommen der Industriegesellschaft. Mit seinem Gedankenkonstrukt bewegte sich der „Grenzgänger zwischen Freiheit und Ordnung“⁴⁴ mehr in den Bahnen eines „utopischen Verbrauchskommunismus“ als eines „pfäffischen Sozialismus“⁴⁵. Damit stand er im Gegensatz zu den Vertretern der katholischen Restauration und den Amtsträgern der *ecclesia catholica*. Deren führende Repräsentanten lebten noch in der Vorstellungswelt des „ganzen Hauses“. Für sie war die feudale Welt eine von Gott vorgegebene Gesellschaftsordnung. Die neue kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung blieb ihnen fremd. Dementsprechend skeptisch standen sie ihr auch gegenüber. Die Klärung der Fragen nach den Ursachen bzw. den Zusammenhängen von Verarmung und sozialer Not spielten in ihrem Denken keine Rolle. Die Ursachen des Armseins reduzierte man auf die fehlende Kirchlichkeit der modernen Welt und auf die Auflösung der ständisch-feudalen Ordnung. Zur Formulierung weit reichender sozialer Gedanken gelangte man nicht. Allerdings war es auch nicht so, dass „niemals ein Geistlicher den Muth“ hatte, „vor die Bedrucker des armen Volkes hinzutreten und Gerechtigkeit zu verlangen“ und gepredigt wurde: „Trage dein Kreuz in Geduld und selig sind die Armen, selig sind die Friedfertigen, selig die das Unrecht mit Geduld tragen! Fortwährend wurden die Freuden [...] des Jenseits geschildert und den armen, gedrückten Betrogenen die Anwartschaft auf den Schooß Abrahams eröffnet.“⁴⁶ Die Lösung der „sozialen Frage“ wurde auf die Caritas als

⁴¹ JANE REGENFELDER, Bernard Bolzanos „revolutionäres“ Vermächtnis; in: LENGAUER, KUCHER (Hgg.), *Bewegung im Reich der Immobilität* 87.

⁴² BOLZANO, *Von dem besten Staate* 119 ff.

⁴³ Vgl. VORSCHLAG ZU EINEM VEREIN ZUR HERSTELLUNG WOHLFEILER WOHNUNGEN – Gedanken über die Errichtung eines Vereins für wohlfeile und gesunde Wohnungen; in: EDUARD WINTER (Hg.), *Die Sozial- und Ethnoethik Bernard Bolzanos. Humanistischer Patriotismus oder romantischer Nationalismus im vormärzlichen Österreich. Bernard Bolzano contra Friedrich Schlegel (= Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Sitzungsberichte 316 = Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte der Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin 10, Wien 1977) 107–117.*

⁴⁴ HELMUT RUMPLER, Bolzano als Grenzgänger zwischen Freiheit und Ordnung; in: DERS. (Hg.), *Bernard Bolzano* 13–20.

⁴⁵ LOUŽIL, *Bolzanos Sitten- und Gesellschaftslehre* 25.

⁴⁶ HANS KUDLICH, *Rückblicke und Erinnerungen* (Wien – Leipzig – Pest o. J.) 57.

„einem religiösen und daher rationalen Überlegungen entzogenem Werk“ sowie auf die persönliche Fürsorge im Rahmen der Pfarrkonferenzen reduziert⁴⁷. Die „Armen“ – so formulierte man es im Rahmen der Bischofskonferenz vom Sommer 1849 – sollten in Zeiten materieller Not im „kindlichen Glauben“ auf „Gottes Vorsehung und Hilfe“ vertrauen⁴⁸. Das war ein wenig hilfreicher Beitrag zu den seit den vierziger Jahren zutage tretenden sozialen Problemen.

Wenngleich sich die Arbeitsbedingungen und die Lebenssituation der Fabrikarbeiter, der Handwerker, Greißler und Hausierer ab den vierziger Jahren unter dem Druck der Modernisierung verschlechterten, war ihre Situation noch kein Thema von öffentlichem Interesse. Dazu waren die ökonomische Entwicklung und die gesellschaftlichen Strukturen zwischen den Kronländern zu unterschiedlich. Das galt nicht für die im agrarischen Sektor beschäftigten Bevölkerungsteile. Die Bauern begannen sich im Frühjahr 1848 monarchieweit vehement dem feudalen Wirtschafts- und Herrschaftssystem zu verweigern. Die Diskussion um ihre soziale Situation wurde von der Frage der Grundentlastung überlagert. Fragen der sozialen Versorgung und Sicherung standen nicht an vorderster Stelle, obwohl im agrarischen Sektor nur ein geringes Maß an sozialer Sicherheit für die Risikofälle Krankheit, Alter und Tod vorhanden war. Das Ausmaß der sozialen Hilfestellung hing vom Status innerhalb der Hofgemeinschaft ab. Für die Bauern war mit dem Ausgedinge immerhin „das Risiko der Arbeits- und Herrschaftsunfähigkeit“ gemindert, für die Unterschichtenangehörigen stellte sich die Situation nicht so rosig dar. Lediglich die Dienstbotenordnungen boten zumindest für das Gesinde einen gewissen Schutz. Partiiell – wie im Falle der Schwarzenbergischen Herrschaften – gab es auch für Dienstboten, die über einen längeren Zeitraum im Dienst einer Herrschaft standen, Alterssicherungen, etwa in Form eines „Pensionsfundus“. Nicht erfasst wurden von diesem Sicherungssystem das eigentliche Gesinde sowie die Tagelöhner. Nach dem Grundentlastungsgesetz verstärkte sich diese Tendenz. Ab den frühen vierziger Jahren hatte sich in den städtischen Industriezonen ein erstes Protestpotential formiert. Den in ihm für den Bestand des Staates und der Gesellschaftsverfassung lauenden Gefahren begann man sich spätestens in dem Augenblick bewusst zu werden, als aus dem Protest Arbeitsniederlegungen und erste Maschinenstürme der Industriearbeiterschaft wurden und als es infolge der steigenden Robot- sowie Steuerbelastungen zu Leistungsverweigerungen seitens der Bauern kam.

Als sich 1844 in Böhmen, um 1846 in Galizien, im Februar 1847 im Lombardo-venetianischen Königreich die soziale Lage zuspitzte, eskalierte – in Verbindung mit nationalpolitischen Aspekten – die Situation. Mit den Unruhen erhielt die Pauperismus-Diskussion eine neue Dimension. Wenn Friedrich Sander feststellte, dass „scharfe Denker“ eine Aufgabe darin erblickten, „ihre Kraft mit Begeisterung“ darauf auszurichten, „die sozialistischen Ideen [...] zu verwirklichen“⁴⁹, gab das für die künftige Diskussion

⁴⁷ WALTER SAUER, *Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914* (= *Geschichte und Sozialkunde, Reihe „Forschungen“* 5, Salzburg 1980) 69.

⁴⁸ HÄUSLER, *Massenarmut* 346.

⁴⁹ Zit. EBD. 318.

die Richtung vor. Denn der Sozialismus war „eine neue berechnete Wissenschaft, nicht die unsinnige Idee einiger Schwärmer oder aufrührerischer Köpfe“⁵⁰. Zwar rückte in der Literatur der „fürchterliche Krieg zwischen Armen und Reichen“ vermehrt in den Fokus der Darstellung, der Ruf nach Sozialreformen wurde aber damit nicht lauter. Die Bauernschaft wurde überhaupt unberücksichtigt gelassen. Ihr fehlte jedes Klassenbewusstsein, während sich die Industriearbeiterschaft zumindest in einem Klassenwerdungsprozess befand. Die Wiener Arbeiterschaft war „eine Klasse ‚an sich‘“, ohne aber „eine Klasse ‚für sich‘“ zu sein⁵¹. Und die Gefahren, die sich daraus ergeben konnten, wurden gesehen. Kritisch stand man der Agitation der Industriearbeiterschaft gegenüber. Die „Klasse der Lohnarbeiter, [...] ausgeschlossen von dem Anteile der steigenden Entwicklung des Wohlstandes“, könne aufgrund ihres materiellen Elends zum „größten Feind der Ordnung und Sicherheit“ des Staates werden, zumal „der Lohn des Arbeiters im allgemeinen kaum, im einzelnen aber bestimmt nicht mehr genügt, die gewöhnlichen Lebensbedürfnisse anzuschaffen“, mutmaßte Andreas von Stifft (der Ältere)⁵². Von diesem Standpunkt aus wurden soziale Reformen eingefordert, die über die sozialkonservativen Modelle hinausgingen. Die Kritik an den wirtschaftsliberalen Prinzipien verband sich mit sozialen Forderungen wie einer Fabrikgesetzgebung, einer Reform der Verzehrersteuer für den „arbeitsamsten“ Teil der Bevölkerung und einer „Gleichmäßigkeit der Besteuerung“. Das waren noch keine radikalen Ansätze. Und doch wurde damit Kommendes angedeutet. Erstmals stießen die Ideen des Sozialismus auf einen größeren Widerhall. Es war Andreas Stifft (der Jüngere), der im Vorfeld der Revolution 1848/49 die liberal-bürgerliche Bewegung zu einer Bewegung der „socialen Demokratie“ umfunktionieren wollte. Damit erhielt die „soziale Frage“ eine neue Dimension. Es ging nicht mehr um den „armen Mann“, sondern um das „soziale Proletariat“, das sich „in erwachendem Bewusstsein seiner Lage“ zu einer Klasse zu formieren begann⁵³.

2. Marxistisch-sozialistische Programme als Vorboten neuen sozialen Denkens im „Sturmjahr“ 1848/49

Die Revolution 1848/49 war „ganz sicher keine soziale“ Revolution⁵⁴. Sehr wohl aber gab es ein zeitliches und räumliches Nebeneinander von Erscheinungen eines traditionellen Sozialprotests in der oppositionellen Publizistik, in den Petitionen⁵⁵, sowie in der politischen Lyrik, in der die „soziale Frage“ ihren festen Platz hatte. Was in den Märztagen 1848 in den revolutionären Zentren noch wie ein Sozialprotest gegen eine Teuerungs-

⁵⁰ EBD.

⁵¹ ERNST HANISCH, *Der kranke Mann an der Donau. Marx und Engels über Österreich* (= Publikationen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien – München – Zürich 1978) 119.

⁵² Zit. HÄUSLER, „Was kommt heran mit kühnem Gange?“ 31.

⁵³ DERS., *Soziale Protestbewegungen* 178.

⁵⁴ ERNST BRUCKMÜLLER, *Sozialgeschichte Österreichs* (Wien – München 2001) 276.

⁵⁵ GUSTAV OTRUBA, *Wiener Flugschriften zur Sozialen Frage I: Arbeiterschaft, Handwerk und Handel* (= Materialien zur Arbeiterbewegung 9, Wien 1978) LI.

welle und mangelnde Nahrungsversorgung aussah, wandelte sich in den folgenden Wochen zu einer liberalen, nationalpolitischen Manifestation mit sozialen Untertönen gegen das herrschende politische Establishment⁵⁶. Die Protestbewegung äußerte sich in Plünderungen und Maschinenstürmereien. Im Vergleich zu den liberalen und nationalen Forderungen spielten aber die sozialen Belange, die eine Mitursache für den Ausbruch der Revolten gewesen waren, eine immer geringere Rolle. Was von diesen übrig blieb, war aber die Schaffung einer Basis für „die Wahrnehmung gemeinsamer politischer Interessen“ und die Ausformulierung von ersten Sozialkonzepten⁵⁷. Erstmals drang die „soziale Frage“ in ein breiteres öffentliches Bewusstsein. Forderungen wurden artikuliert und Vorstellungen zur Lösung der virulenten sozialen Probleme entwickelt. Eine Flut von Flugschriften polemisierte gegen den „Wucher und Geldverleih“ sowie die Höhe der Mietvorauszahlungen⁵⁸. Dagegen war etwas zu tun. Man forderte etwa die Abschaffung der Verzehrsteuer, eine größere „Steuergerechtigkeit“ oder aufgrund der anhaltenden Teuerung eine Verordnung „amtlicher Höchstpreise“⁵⁹. Ende August/Anfang September sprach Karl Marx im „Wiener Arbeiterverein“ über „Lohnarbeit und Kapital“⁶⁰. Mit seinem Präsidenten Friedrich Sander wurde der „Arbeiterverein“ zur Denkwerkstätte für die Entwicklung erster Konzepte zur Bewältigung der sozialen Missstände. Ein von ihm erarbeitetes Sozialprogramm beinhaltete die Forderung nach Schaffung eines Arbeitsministeriums, eines freien Niederlassungsrechts, der unbeschränkten Heiraterlaubnis und nach Arbeitszeitregelung; weiters die Einführung von Kranken- und Invalidenkassen sowie die Gleichstellung der Arbeiter in den politischen Rechten⁶¹. Parallel und teils in Konkurrenz zu den Aktivitäten des „Arbeitervereins“ forderte Andreas Witlačil, Begründer des öffentlich weniger in Erscheinung getretenen Arbeitervereins „Concordia“, die Einführung der Gewerbefreiheit, von Gemeinküchen, Schlafhallen, Leihbanken, Versicherungsvereinen, die Schaffung öffentlicher Werkstätten sowie die Abschaffung der Lebensmittelabgaben⁶². Sowohl Sander als auch Witlačil blieben in den Revolutionsmonaten als Sozialideologen Einzelkämpfer. Die (National-)Liberalen verzichteten überhaupt auf ein Sozialprogramm⁶³. Das Soziale war ihnen kein Anliegen. In Prag wurden die von den radikalen Demokraten vertretenen sozialen Forderungen sogar aus dem Programm der von den Liberalen gelenkten Wenzelsbad-Versammlung eliminiert⁶⁴.

Der Katholizismus, welcher der kapitalistischen Wirtschaftsordnung defensiv gegenüberstand⁶⁵, war nicht in der Lage, eine als verbindlich anerkannte Soziallehre zu

⁵⁶ Vgl. Julius MARX, Die wirtschaftlichen Ursachen der Revolution von 1848 in Österreich (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 51, Graz – Köln 1965) 142–166.

⁵⁷ HÄUSLER, Soziale Protestbewegungen 182.

⁵⁸ OTRUBA, Wiener Flugschriften I, 210 Nr. 823 und 211 Nr. 828.

⁵⁹ EBD., 125 Nr. 288 und 289.

⁶⁰ HANISCH, Der kranke Mann 122.

⁶¹ HÄUSLER, Massenarmut 321.

⁶² EBD., 322.

⁶³ HÄUSLER, Soziale Protestbewegungen 179.

⁶⁴ Vgl. URBAN, Die tschechische Gesellschaft I 79 f.

⁶⁵ HERMANN BELOVARI, Christlicher Demokratismus und christlicher Sozialismus im Jahre 1848 in Wien, phil. Diss. (Wien 1960) 200–206.

entwickeln. Einig war man sich in dem Punkt, dass „das Project der Socialisten und Communisten ein Unding“ sei⁶⁶. Dennoch verzichtete man darauf, aus den Gedanken der konservativen Sozialdenker und den Vertretern des kirchlichen Lehramtes ein allgemein gültiges Sozialprogramm zu entwickeln. Wenngleich sich der niedere Klerus der sozialen Schieflagen immer bewusster wurde, dominierte das tradierte Denken. Man hielt an der „organischen“ [= feudal-zünftischen, W.D.] Ständeordnung“ fest. Diese war aber „keine Alternative, sondern nur eine rückwärtsgewandte Utopie“⁶⁷ und keine „erstzunehmende Antwort auf die brennenden Probleme der entstehenden Industriegesellschaft“⁶⁸. Andererseits wurde die „soziale Frage“ innerhalb des katholischen Milieus zu einem Thema, dessen sich die katholische Publizistik verstärkt annahm. Hieß es zunächst noch, der Ausweg aus der misslichen sozialen Lage wäre die „Liebe des wahren positiven Christentums“, änderte sich das. Katholische Vertreter plädierten dafür, dass angesichts der „Umänderung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ nun auch „die unteren Volksschichten, die bisher keine Geschichte hatten, [...] in den Gährungsprozess der Geschichte gebracht werden“ müssten⁶⁹. Doch der große Paradigmenwechsel blieb aus. Nur wenige Kleriker beschritten neue Wege. Wenn der Priester der Universitätskirche, Wilhelm Gärtner, nach dessen Ansicht die Revolution „im Anfang eine soziale“ war, in dem von ihm herausgegebenen Wochenblatt *Sprecher für Staat und Kirche* für eine Sozialreform auf konservativer Grundlage eintrat sowie für die Konstituierung eines „monarchischen Sozialismus“ und für den Einsatz von „Kaplänen zur Seelsorge für die bei den öffentlichen Arbeiten Beschäftigten“, dann wagte er sich weit vor. Anton Füstner, Professor für Religionswissenschaft und Pädagogik, hatte schon vor ihm aus seiner Sympathie für die Arbeiterschaft kein Hehl gemacht und sich deren sozialen Problemen zugewandt, ohne sich für strukturverändernde politische Maßnahmen oder soziale Reformen zugunsten dieser auszusprechen⁷⁰. Füstner wie Gärtner blieben mit ihren Lösungskonzepten isoliert. Sie konnten keine sozialkatholische Massenbewegung organisieren. Damit deutete sich der Beginn der Entfremdung zwischen katholischer Kirche und Arbeiterschaft an.

Aber auch die Rezeption sozialistischer Modelle kam über ein Anfangsstadium nicht hinaus. Ihre Verbreitung blieb gering⁷¹. Allerdings fand die Arbeiterschaft ihre Zielsetzungen immer stärker im neuen Staats- und Gesellschaftsmodell einer „sozialen Demokratie“ vertreten, wie es von Hermann Jellinek, Andreas Stifft und Ernst Violand entworfen wurde⁷². Das Trio zählte zum Wiener Bekanntenkreis von Karl Marx. In ihr

⁶⁶ *Constitutionelle Donauzeitung* 76/1848, zit. EBD. 205.

⁶⁷ BELOVARI, Christlicher Demokratismus 342.

⁶⁸ EBD. 346.

⁶⁹ Zit. EBD. 224.

⁷⁰ WALTER SAUER, Anton Füstner – Priester der Wiener Revolution 1848; in: *Zeitgeschichte* 2 (1975) 253.

⁷¹ FRIEDRICH WALTER, Eine österreichische Denkschrift über den Stand der sozialistischen Bewegung zu Anfang des Jahres 1850; in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 50 (1963) 204–216.

⁷² WOLFGANG HÄUSLER, Wiener Demokraten zwischen bürgerlicher Revolution und sozialer Demokratie; in: HELMUT REINALTER (Hg.), *Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa*

Denken flossen die Theorien der französischen Frühsozialisten (Henri de Saint Simon, Charles Fourier, Louis Blanc) ein. Als „erstem Strahl der Freiheit, als Verkünder des Tags, der in Österreich nach hundertjähriger Nacht hereingebrochen ist“⁷³, machte sich Violand als Kopf und Sprecher der Linken im Reichstag in den August- und Septembertagen 1848 für die entschädigungslose Befreiung der Bauern von den Grundlasten stark. Das war aber nicht der Kernbereich seines politischen Agierens. Ihm ging es mehr um die Vertretung von Arbeiterinteressen. Beeinflusst von Lorenz von Steins *Socialismus und Kommunismus* (1842) und dessen *Geschichte der sozialen Bewegung* (1850) wurde der „Revolutionär aus dem Beamtenstand“⁷⁴ zum „ersten politischen Denker Österreichs, der aufgrund einer dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung in der jungen Arbeiterschaft Österreichs *die* revolutionäre Klasse [...] und den zukünftigen Hauptträger einer demokratischen Gesellschaftsordnung“ sah⁷⁵. Das blieb Utopie, ebenso wie das Bestreben der „socialen Demokratie, [...] mittelst einer Diktatur jedes Privilegium abzuschaffen und – da die Arbeitskraft in der Regel gleichmäßig verteilt ist – die die Arbeit beherrschende Macht des Kapitals zu brechen“⁷⁶. Zum großen Sozialideologen der Wiener Revolution, der den Weg von der Hegelschen Philosophie zum entstehenden „wissenschaftlichen Sozialismus“ zwar nicht bis zum Ende beschritt, sich diesem aber annäherte, wurde aber Hermann Jellinek⁷⁷. Anders als Marx blickte er nicht auf den gesamteuropäischen Kontext, sondern ausschließlich auf Wien, wo – nach dem Urteil von Marx – eine Klassenkampfsituation ohne theoretischen Unterbau gegeben war⁷⁸.

Die Überlegungen des späteren Innenministers Alexander Bach, der sich im „Allgemeinen Hilfsverein“ sozial engagierte und „Volksküchen“ zur Auspeisung des „flotterenden Proletariats“ leitete, gingen nicht so weit. Mit der sozialistischen Literatur (Louis Blanc, Robert Owen) seiner Zeit zum Teil vertraut, war ihm die Verbesserung der Lebenssituation der Industriearbeiterschaft eine Herzensangelegenheit. Deshalb befürwortete er ein „kräftiges Eingreifen des Staates zugunsten der Arbeiter“⁷⁹. Das Bach'sche Sozialprogramm beinhaltete aber ebenso ein Bekenntnis zur „Beteiligung der Arbeiterschaft am unternehmerischen Gewinn“, zu Mindestlöhnen, zur Schaffung von

1815–1848/49 (= Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850“ 38, Frankfurt am Main – Berlin – Oxford – New York – Wien 2005) 318.

⁷³ Zit. VIOLAND, *Sociale Geschichte der Revolution* 21.

⁷⁴ WOLFGANG HÄUSLER, *Demokratie und Sozialismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Am Beispiel des österreichischen Demokraten Ernst Violand (1818–1875)*; in: OTTO BÜSCH, WALTER GRAB (Hgg.), *Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 29, Berlin 1980) 404.

⁷⁵ EBD. 416.

⁷⁶ VIOLAND, *Sociale Geschichte der Revolution* 54.

⁷⁷ WOLFGANG HÄUSLER, *Hermann Jellinek im Vormärz. Seine Entwicklung zum revolutionären Demokraten*; in: HEINRICH FICHTENAU, ERICH ZÖLLNER (Hgg.), *Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs* (= Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 20, Wien – Köln – Graz 1974) 361.

⁷⁸ HANISCH, *Der kranke Mann* 119.

⁷⁹ HEINRICH FRIEDJUNG, *Alexander Bachs Jugend und Bildungsjahre*; in: DERS., *Historische Aufsätze* (Stuttgart – Berlin 1919) 35.

„Assoziationen der Arbeiter“, zur Einführung von Schutzzöllen „zum Schutze der Arbeit“, zur „Errichtung von gewerkschaftlichen Hilfsvereinen“ sowie Spar- und Hilfskassen, zu Industrie- und Ackerbaubanken, zur „Abschaffung der Salz-, Mehl-, Platz- und Schlachtsteuer“, aber auch zu gemeinschaftlichen Wohnungen und zur Einführung von „Schiedsgerichten zur Entscheidung der Differenzen zwischen Meistern und Gesellen (Prudhommengericht)“⁸⁰. Durchaus visionär, blieben Bachs Gedanken wie die der anderen Sozialdenker bloß Theorie. Mit dem Scheitern der Revolution versiegte die öffentliche Diskussion über die „soziale Frage“. Ganz aus dem Blickfeld verschwand sie aber nicht.

3. Sozialstaatsidee und akademischer „Staatssozialismus“: Das Dreigestirn Lorenz von Stein, Adolph Wagner und Albert Schäffle

Noch lange vor der konservativen Wende von 1879 erfolgte Mitte der fünfziger Jahre mit der Berufung Lorenz von Steins auf den Wiener Lehrstuhl für Staatswissenschaften eine Weichenstellung seitens der staatlichen Stellen. Sie markierte den Beginn der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Sozialismus. Damit in Verbindung stand die Diskussion über die Zusammenhänge von kapitalistischem Wirtschaftssystem und gesellschaftlicher Entwicklung. Dass dem sozialen Aspekt dabei eine nicht geringe Bedeutung zukam, lag auf der Hand. Die einsetzende Industrialisierung korrespondierte mit einem vielschichtigen sozialen Desintegrationsprozess⁸¹. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die sozialpolitischen Maßnahmen bescheiden geblieben⁸². Nach der Revolution 1848/49 waren sogar Standards wie der Zehnstudenten tag rückgängig gemacht worden. Eine staatliche Regelung der Arbeitsverhältnisse existierte nur in Ansätzen, weil – so die Argumentation – „jeder staatliche Eingriff durch die Verrückung des natürlichen Verhältnisses seinen Zweck“ verfehlte⁸³. Was es gab, war ein Verbot der Kinderarbeit, Bestimmungen über die Sonn- und Feiertagsruhe oder eine Verpflichtung der Arbeitgeber, im Falle der Erkrankung eines Arbeiters einen Monat lang für die Spitals- und Verpflegungskosten aufzukommen⁸⁴. Die Defizite waren groß. Gesetze bezüglich Schutzmaßnahmen für Krankheitsfälle und Unfälle fehlten. Die Pensions- und Krankenversicherungen beschränkten sich auf einen kleinen, in ständische Organisationsformen integrierten Personenkreis. Weder die bestehende Armengesetzgebung noch private Sozialinitiativen, wie etwa das

⁸⁰ EBD. 36.

⁸¹ HANNES STEKL, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671–1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 12, Wien 1978) 41.

⁸² Vgl. ERNST MISCHLER, Artikel Armenpflege; in: ERNST MISCHLER, JOSEF ULBRICH (Hgg.), Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes I (Wien 1895) 65 f.; DERS., Artikel Arbeiterschutz; in: EBD. 49 f.

⁸³ LUDWIG VON MISES, Zur Geschichte der österreichischen Fabrikgesetzgebung; in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 14 (1905) 250.

⁸⁴ EMMERICH TALOS, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 5, Wien 1981) 18.

breite Spektrum von Wohltätigkeitsvereinen⁸⁵, erwiesen sich als taugliche Instrumente. Das provisorische Gemeindegesetz von 1849 hatte zwar den Versorgungsanspruch der Gemeindeangehörigen bei Bedürftigkeit festgeschrieben, andererseits aber den Erwerb des Heimatrechtes erschwert. Das soziale Netz war grobmaschig. Es bestand Handlungsbedarf. Neben der Auseinandersetzung mit den aufkeimenden nationalen Bewegungen tat sich mit der „sozialen Frage“ noch ein weiteres, staatsbedrohendes Konfliktfeld auf.

Im Gegensatz zu den späteren Berufungen Adolph Wagners und Albert Schäffles, deren Anwesenheit in Wien sich nur auf fünf bzw. drei Jahre erstreckte, blieb Steins Professorentätigkeit an der Alma Mater Rudolphina kein Intermezzo. Dreißig Jahre lang wurde die Wiener Studentenschaft von ihm geprägt. Seine Berufung war eine Antwort des neoabsolutistischen Staates auf die sozialen Problemfelder der Industrialisierung. Die Wiener Regierungsstellen wussten, wen sie beriefen. 1842 waren *Der Socialismus und Kommunismus im heutigen Frankreich* und 1850 die *Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage* als programmatische Sozialschriften erschienen. Mit der Weiterführung der Theorien Robert von Mohls zum modernen Rechts- und Sozialstaat, der sich die Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Förderung der Wohlfahrt seiner Bürger durch eine soziale Politik und Verwaltung zum Ziel setzte, wurde Stein zum Begründer der Theorie des modernen Sozialstaates. Unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Systems leitete sich die Legitimation des Staates aus der sozialen Verwaltung ab:

„Wenn [...] die besitzende Klasse die Staatsverwaltung im Sinne der nicht besitzenden Klassen zur Hebung des Loses der Arbeiter, für ihre Bildung und die Möglichkeit eines, wenn auch nur allmählichen, Kapitalerwerbs bietet, so wird diese Klasse in dem Maße mehr gleichgültig gegen die Form der Verfassung sein, in welchem die Interessen derselben mehr gefördert werden.“⁸⁶

Steins Ideen waren eine Antwort auf die Herausforderungen, die in Folge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses von der „sozialen Frage“ ausgingen. Seine Berufung stellte ein Signal für die Zukunft dar. Er passte in das Staatskonzept der „konservativen Modernisierung“, da er im Hinblick auf die soziale Frage weder die Theorie des Klassenkampfes noch die Diktatur des Proletariats befürwortete⁸⁷. Demnach war die „soziale Revolution“ als Versuch einer Gesellschaftsklasse, die Herrschaft der anderen zu brechen, keine Alternative, wie auch die „Persönlichkeit des Eigentums“ im Gegensatz zu Marx außer Frage stand⁸⁸. Das Ideal war der Staat als ein „subsidiäres Instrument“ der Daseinsvorsorge. Der „Sozialstaat“ als Element einer künftigen Staatsordnung war

⁸⁵ Vgl. MORIZ VON STUBENRAUCH, Statistische Darstellung des Vereinswesens im Kaiserthume Oesterreich. Nach amtlichen Quellen gearbeitet (Wien 1857) 64–72.

⁸⁶ LORENZ VON STEIN, Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage III (Leipzig 1850) 218 f.

⁸⁷ ERNST-WOLFGANG BÖCKENFÖRDE, Lorenz von Stein als Theoretiker der Bewegung von Staat und Gesellschaft zum Sozialstaat; in: DERS., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 914, Frankfurt am Main 1991) 200.

⁸⁸ LORENZ VON STEIN, Der Begriff der Arbeit und die Principien des Arbeitslohnes in ihrem Verhältnisse zum Socialismus und Communismus; in: Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft 3 (1846) 250.

nicht nur ein Instrument zur Verhinderung sozialer Revolutionen, sondern aus der Sicht Steins die einzige Möglichkeit, die „Freiheit“ zu bewahren, die bei einer Herrschaft des Kapitals über die Arbeit bzw. bei einer Herrschaft der Arbeit über das Kapital verloren ginge. Daher bewirke weder der Liberalismus als eine „zur bloßen Ideologie der Bourgeoisie“ verkommene Geisteshaltung, noch die sozialistische Theorie, die in der „Dynamik der kommunistischen Bewegung“ untergehe, einen Ausgleich der sozialen Gegensätze. Beide wären zu verwerfen. Als dominante Herrschaftsideologien – so Stein – würden sie in einer Industriegesellschaft nur den „Klassenhaß“ verstärken⁸⁹. Daher hatte es das Ziel einer „Sozialreform“ zu sein, unter der Patronanz des Staates die soziale Harmonie zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen⁹⁰. Das Wesen des Staates, in dem den besitzenden Klassen die politische Herrschaftsausübung zufiel, erforderte „eine Anwendung seiner Gewalt für das Wohl aller Klassen“⁹¹. Dafür war der Staatsapparat einzusetzen und die „Verwaltung der sozialen Reform“ auf die Förderung des Kapitalerwerbs „für jeden einzelnen Arbeiter“ auszurichten⁹².

Das Stein'sche Modell des „Sozialstaates“ als Antithese zum Marx'schen „Klassenstaat“ wurde für die sozialtheoretische Diskussion der folgenden Jahrzehnte richtungweisend. Es ging um die Frage, ob und – wenn ja – in welchem Umfang dem Staat die Aufgabe zufiel, im Sozialbereich aktiv zu werden. Daran änderte sich während der liberalen Ära nichts. Das Stein'sche Sozialmodell blieb aktuell. Es wurde durch die Berufung von Albert Schäffle und Adolph Wagner verstärkt, wenngleich sich beide in ihrer Wiener Zeit nur peripher mit sozialreformerischen Gedanken beschäftigten. Mit ihren sozialpolitischen Ansichten bewegten sich beide im geistigen Umfeld Steins. Angesichts der diagnostizierten Kluft zwischen „massenhaftem Reichthum und [der] Armuth der Massen“ wurden sie zu Kritikern des Kapitalismus⁹³ und – in klarer Abgrenzung zu Marx und Engels – zu Verfechtern einer marktwirtschaftlich-sozialen Gesellschaftsordnung. Schäffle beschränkt mit seiner Sozialtheorie eine „Mittellinie zwischen Sozialismus und Kapitalismus“⁹⁴. Das Allheilmittel für die Bewältigung der sozialen Krise war die „genossenschaftliche Gliederung“, die nicht nur ein „Bedürfnis für das Gewerbeleben selbst, [...] sondern auch für Gemeinde und Staat“ darstellte⁹⁵. Wie einst den Zünften fiel den genossenschaftlichen Verbänden eine soziale Aufgabe zu. Sie waren „das hauptsächliche Organ der Armenpflege für den industriellen Theil der städtischen Bevölkerung“. „Mit verhältnismäßig kleinen Mitteln“ wären sie imstande, die Armut unter den Gewerbetreibenden zu bekämpfen und „die Elemente dauernden

⁸⁹ STEFAN KOSLOWSKI, Die Geburt des Sozialstaats aus dem Geist des Deutschen Idealismus. Person und Gemeinschaft bei Lorenz von Stein (Weinheim 1989) 131 f.

⁹⁰ STEIN, Geschichte der sozialen Bewegung III 206.

⁹¹ EBD. 202.

⁹² EBD. 206.

⁹³ ALBERT SCHÄFFLE, Abbruch und Neubau der Zunft; in: DERS., Gesammelte Aufsätze I (Tübingen 1885) 37 [Erstdruck in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1/1856].

⁹⁴ EUGENIE FABIAN-SAGAL, Albert Schaeffle und seine theoretisch-nationalökonomischen Lehren. Eine nationalökonomische Studie (Berlin 1910) 116.

⁹⁵ SCHÄFFLE, Abbruch und Neubau 45.

Wohlstandes zu erhalten und zu nähren“⁹⁶. Der „genossenschaftliche Sozialismus“ war ein Präventivmittel zur Vermeidung von Sozialrevolutionen. In der zweiten Auflage seiner *Nationalökonomie oder Allgemeinen Wirtschaftslehre* (Erstauflage 1861), die während seines Wien-Aufenthalts unter dem Titel *Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft* (1869) erschien, bejahte Schäßfle die freie Konkurrenz, setzte sich aber mit Blick auf die soziale Englage der Industriearbeiterschaft für einen Staatsinterventionismus ein: Der „Staat und die öffentlichen Anstalten“ wären nötig, „weil nicht jedes Individuum ein Münchhausen ist, welcher am eigenen Schopfe sich aus dem Sumpfe ziehen kann“⁹⁷. In diesem Punkt deckte sich Schäßfle mit Wagner, der dem Staat „als Organ der moralischen Solidarität der Nation“ das Recht absprach, „dem materiellen Elend eines Teiles des Volkes gleichgültig gegenüberzustehen“, und ihm die Pflicht zuwies, „für Kultur- und Wohlfahrtszweck zu sorgen“⁹⁸. In Summe formte sich daraus das Ideal eines „vernünftigen Sozialstaates“ unter den Vorzeichen eines „Staatssozialismus“⁹⁹. Seit den siebziger Jahren war die soziale Frage ein fester Bestandteil der akademischen Diskussion, nicht zuletzt deshalb, weil letzterer gut mit der vom Josephinismus abgeleiteten wohlfahrtsstaatlichen Tradition zusammenpasste. Entsprechend floss er in die sozialpolitischen Konzepte der postliberalen Ära ein. Regierung(en) wie Bürokratie erblickten in der von Schäßfle und Wagner vorgegebenen „sozialen Pflichtenlehre“ eine „entsprechende Verhaltensregel für ihre sozioökonomischen Vorstellungen“¹⁰⁰. Zugleich war es eine Chance, über die Umsetzung sozialtheoretischer Maximen sowohl die Nationalismen zu relativieren, als auch durch Sozialreformen einer Sozialrevolution zuvorzukommen.

4. Die „Sozialbürokraten“ zwischen wohlfahrtsstaatlichem Denken und „Staatssozialismus“

Die sozialetischen und -politischen Überlegungen des Dreigestirns Stein, Schäßfle und Wagner fielen auf fruchtbaren Boden. Sie fanden im wissenschaftlichen Diskurs und in der Hochbürokratie Anhänger, unter anderem bei dem seit 1893 an der Wiener Universität „Politische Ökonomie“ lehrenden Eugen von Philippovich, der zunächst an Steins Programmatik anknüpfte, um sich dann von dieser zu entfernen und eine eigenständige sozialliberale Position zu entwickeln. Deren Umsetzung strebte er durch Aktivitäten auf sozialpolitischem Gebiet an: als spiritus rector der 1896 gegründeten „Sozialpolitischen Partei“¹⁰¹, als Mitglied des neu geschaffenen „Arbeitsbeirates“ beim „Arbeits-

⁹⁶ EBD. 44.

⁹⁷ ALBERT SCHÄFFLE, Schulze-Delitzsch und Lassalle; in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 26/3 (1863) 340.

⁹⁸ Zit. WEBER, Sozialpolitische und sozialrechtliche Entwicklung 631.

⁹⁹ ALOIS BRUSATTI, Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsgeschichte; in: ADAM WÄNDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973) 611.

¹⁰⁰ EBD.

¹⁰¹ Vgl. EVA HOLLEIS, Die Sozialpolitische Partei. Sozialliberale Bestrebungen in Wien um 1900 (= Österreich Archiv, Wien 1978) 102.

statistischen Amt des Handelsministeriums“, als erster Vorsitzender der 1901 gegründeten „Österreichischen Gesellschaft für gesetzlichen Arbeiterschutz“, der „Gesellschaft österreichischer Volkswirte“ und der „Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich“, als Herausgeber der *Schriften der österreichischen Gesellschaft für gesetzlichen Arbeiterschutz* oder als Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag¹⁰². Um ihn sammelten sich in den frühen neunziger Jahren die „Wiener Fabier“ (u. a. Otto Wittelshöfer, Richard Faber, Emil von Fürth, Michael Hainisch, Engelbert Pernerstorfer, Tomáš G. Masaryk), die in Anlehnung an die Prinzipien der „Fabian Society“ und des „Vereins für Socialpolitik“ während der neunziger Jahre unter Ablehnung der Marx'schen Klassenkampf-Idee die Anreicherung des liberal-kapitalistischen Gesellschaftssystems mit sozialen Gedanken vertraten. Philippovich machte sich zu ihrem Sprecher und bemängelte die durch die individualistische Wirtschaftspolitik geschaffenen sozialen Zustände. Die „ungünstige Lage der unteren Klassen mit ihrer geringen Aussicht auf wirtschaftliche Selbständigkeit“ trenne diese „von den übrigen, besitzenden Gesellschaftsklassen“. Dies wäre die Basis für die gesellschaftlichen Antagonismen, die den Humus „für den von der Sozialdemokratie vorausgesehenen und angestrebten Klassenkampf“ bilden würden. Das betraf aber nicht allein den Gegensatz der Arbeiterschaft zur bürgerlich-kapitalistischen Welt. Auch andere Bevölkerungsgruppen waren betroffen. Darum war – so seine Sicht – „die Sozialpolitik [...] ihrem Wesen nach nicht auf die Arbeiterfrage“ zu beschränken¹⁰³. Es galt Grundlagen „für eine soziale Ordnung“ zu schaffen, „die mit den Produktions- und Verkehrsverhältnissen der Gegenwart und den berechtigten Bedürfnissen der einzelnen Gesellschaftsschichten im Einklange“ stünden¹⁰⁴. Die Lösung war ein „System der Verkehrsfreiheit“, das „durch [...] die strenge Durchführung des Grundsatzes der formellen Freiheit und Gleichheit aller im Verkehr den Spielraum für die [...] autonome Gestaltung des Lebens der einzelnen“ erweiterte¹⁰⁵. Der durch staatliche Interventionen „regulierte Verkehr“ verbesserte in dem auf liberalen Prinzipien beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Lebensverhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten: „Keine frühere Zeit hat so viel für die Wertung der reinen Menschlichkeit getan [...] als der Liberalismus.“¹⁰⁶ Dennoch hatten sich die sozialen Gegensätze verschärft. Zu ihrer Beseitigung wurde der Staat als Regulator eingefordert. Er hatte die Aufgabe, „die Existenzsicherung der Besitzlosen“ durch staatlichen Schutz zu garantieren und „eine Verhältnismäßigkeit von Einkommen und Besitz zum sozialen Verdienste der Einzelnen durchzusetzen“¹⁰⁷. Als Vorbild dienten die Verhältnisse in England, wo es nach 1900 zu einem „grundsätzlichen Bruch mit dem Gedanken des freien individuellen Arbeitsvertrages selbst in der wichtigsten,

¹⁰² LUDWIG MISES, Eugen von Philippovich; in: NEUE ÖSTERREICHISCHE BIOGRAPHIE 1815–1918. Große Österreicher III (Wien 1926) 54 f.

¹⁰³ EUGEN VON PHILIPPOVICH, Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert. Sechs Vorträge (Tübingen 1910) 91.

¹⁰⁴ DERS., Grundriß der Politischen Ökonomie I: Allgemeine Volkswirtschaftslehre (11. neu bearbeitete Auflage, Tübingen 1916) 482.

¹⁰⁵ DERS., Wirtschaftspolitische Ideen 128.

¹⁰⁶ EBD. 73, 128.

¹⁰⁷ EBD. 90.

der Lohnfrage“, gekommen war. „Große Maßregeln der Fürsorge“ sorgten bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im Alter für den Schutz der Arbeitnehmer¹⁰⁸.

Die Beschäftigung mit der „sozialen Frage“ beschränkte sich nicht auf die Universitäten. Spätestens seit der Endphase des „Eisernen Rings“ von Eduard Graf Taaffe kamen aus der Bürokratie sozialpolitische Impulse. An den Universitäten sozialisiert, brachten sich die Vertreter der Beamtenschaft, wie Michael Hainisch, der 1883/84 in Berlin bei Adolph Wagner und Gustav Schmoller studiert hatte¹⁰⁹, in die sozialtheoretischen Diskussionen ein. Sie erblickten in der Sozialpolitik eine wichtige Aufgabe. Daraus erwuchs ihre Bereitschaft, an einer Lösung der sozialen Frage mitzuwirken. Angesichts der nationalen Eskalation und der ökonomischen Krise setzten sie auf staatliche Sozialreformen als eine Möglichkeit zur Verhinderung sozialer und politischer Revolutionen. Ihre Devise lautete nicht „Laissez-faire, laissez-passer“. Ebenso entschieden stellten sie sich gegen die Marx'sche Klassenkampf-Theorie und propagierten einen „dritten Weg“. Dieser strebte den sozialen Ausgleich zwischen Kapitalismus und Sozialismus an. In Anlehnung an die Programmatik des „Vereins für Socialpolitik“, dem ein Teil von ihnen angehörte, vertraten sie den Standpunkt, dass die „soziale Frage“ mit dem „Prinzip der Nichtintervention des Staates“ sowie mit dem „Dogma, den Egoismus des Einzelnen walten zu lassen“, nicht zu lösen sei. Das direkte Engagement des Staates war gefragt. Dementsprechend lautete ihr Credo: „Die Einschränkung des unlauteren Wettbewerbs, die Sonntagsruhe, der Normalarbeitstag, die Festsetzung eines Minimallohnes in staatlichen [...] Betrieben, sowie der Versicherungszwang bedeuten [...] einen [...] Schutz des gewissenhaften Unternehmers wie des [...] Arbeiters.“¹¹⁰ Das sozialpolitische Wirken des Staates hatte darauf ausgerichtet zu sein, „die unteren Klassen so weit zu heben, [...] daß sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus der Gesellschaft und des Staates einfügen“¹¹¹. Das bedeutete die Schaffung der institutionellen Grundlagen für eine Regelung der Arbeitsverhältnisse sowie für einen Interessenausgleich zwischen den Arbeitsmarktparteien bei gleichzeitigem Ausbau eines sozialen Netzes durch den Staat¹¹². Entsprechend machten sie sich für die Einrichtung partnerschaftlicher Institutionen von Kapital und Arbeit stark.

Das spiegelte sich ab den neunziger Jahren in einem neuen sozialpolitischen Kurs der Regierungen wider. Ohne das marktwirtschaftliche System in Frage zu stellen,

¹⁰⁸ DERS., Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und Sozialreform in England (Wien 1913) 19 f.

¹⁰⁹ FRIEDRICH WEISSENSTEINER, Michael Hainisch (1858–1940); in: NEUE ÖSTERREICHISCHE BIOGRAPHIE AB 1815. Große Österreicher XX (Wien – Zürich 1979) 12.

¹¹⁰ MICHAEL HAINISCH, Der Kampf ums Dasein und die Sozialpolitik (Leipzig – Wien 1899) 54.

¹¹¹ GUSTAV SCHMOLLER, Eröffnungsrede der Eisenacher Tagung von 1872; in: FRANZ BOESE, Geschichte des Vereins für Socialpolitik 1872–1932 (= Schriften des Vereins für Socialpolitik 188, Berlin 1939) 9.

¹¹² GERALD STOURZH, MARGARETE GRANDNER (Hgg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13, Wien 1986); DIES., Staatliche Sozialpolitik in Cisleithanien 1867–1919; in: HELMUT RUMPLER (Hg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71–1914. Historikergespräch Österreich – Bundesrepublik Deutschland 1989 (= Eine Veröffentlichung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Wien – München 1991) 157.

zeichneten sie für die Konzeption zahlreicher Sozialgesetze mitverantwortlich. Dies galt noch nicht für Ernst von Plener, der solches von einer liberalen Position aus nur vorsichtig andachte. Bei Franz Klein, Michael Hainisch, Karl Renner, Joseph M. Baernreither oder Emil Steinbach bildete es aber schon den ideellen Kern. Sie waren der Überzeugung, dass nur die staatliche Gesetzgebung „die Unterthanen vor Ausbeutung und Herabdrücken des Lebensfußes“ schütze, „und das nur so weit, als der Machtbereich des Staates sich erstreckt“¹¹³. Als „monarchisch-sozial“ orientierter homo agens und k. k. Beamter – zunächst als Ministerialrat, seit 1887 als Sektionschef im Justizministerium, wo er während der Ära Taaffe maßgeblich an der Ausarbeitung von Sozialgesetzen, etwa 1891 am Gesetz zur Einführung von Arbeitsausschüssen in Fabriken, mitwirkte¹¹⁴ – knüpfte Steinbach an Steins Vorstellungen an. Sein Beitrag zur sozialpolitischen Wende im „sozialen Jahrzehnt“ war bedeutend¹¹⁵. Mit der Ablehnung des „schrakenlosen Wettbewerbs“, der „die Existenz zahlloser und zwar nicht bloß wirtschaftlich ganz schwacher Personen und selbst die wirtschaftlichen Stärkeren“ bedrohte¹¹⁶, brachte sich Steinbach in die Sozialpolitik der Regierung des „Eisernen Rings“ ein. Er vertrat die Position einer „konservativen Sozialreform“ und plädierte für die „Eindämmung der Übel des Kapitalismus“ durch eine ausgleichende Funktion des Staates¹¹⁷. In diesem Sinne hatte die Staatsbürokratie „als [ein] Element zur Überwindung der Klassengegensätze“ aufzutreten. Das hieß: Der „Vertragsfreiheit“ waren Grenzen zu setzen. Andernfalls gelangte man „wieder zu einer Art von Sklaverei auf vertragsmäßiger Grundlage“¹¹⁸. Insofern stand der „Minister der Sozialpolitik“ den Interessen der Arbeiterschaft nahe¹¹⁹. Für diese machte er sich stark, erblickte er doch in der Arbeiterfrage *den* zentralen Punkt für die Lösung der „sozialen Frage“¹²⁰. Letztlich wurde damit die Sozialgesetzgebung zu einer „Frage des verhältnismäßig größten Vorteils für die größte Zahl der Arbeiter“¹²¹. Um den „Lohnkampf mit allen seinen Wechselfällen und unabsehbaren Konsequenzen“ nicht zum Alltag werden zu lassen¹²², waren sozialpartnerschaftliche Institutionen, wie etwa die „Organisation der Arbeiterschaft auf beruflicher Grundlage“ einzurichten. Mit diesen Überlegungen verband sich das Kalkül der Erhaltung

¹¹³ HAINISCH, Kampf ums Dasein 54.

¹¹⁴ WOLFGANG FRITZ, Finanzminister Emil Steinbach – der Sohn des Goldarbeiters. Biographie (= Austria: Forschung und Wissenschaft: Soziologie 5, Wien 2007) 35.

¹¹⁵ Vgl. LEO WITTMAYER, Emil Steinbach als Sozialphilosoph (Wien 1907).

¹¹⁶ EMIL STEINBACH, Erwerb und Beruf. Vortrag gehalten in der Wiener juristischen Gesellschaft am 11. März 1896 (Wien 1896) 51.

¹¹⁷ Vgl. JOSEF WEIDENHOLZER, Der sorgende Staat. Zur Entwicklung der Sozialpolitik von Joseph II. bis Ferdinand Hanusch (= Publikationen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien–München–Zürich 1985) 184.

¹¹⁸ Zit. ALEXANDER SPITZMÜLLER, Emil Steinbach; in: NEUE ÖSTERREICHISCHE BIOGRAPHIE 1815–1918. Große Österreicher II (Wien 1925) 50.

¹¹⁹ LUDWIG BRÜGEL, Soziale Gesetzgebung in Österreich von 1848–1918. Eine geschichtliche Darstellung (Wien – Leipzig 1919) 169.

¹²⁰ Vgl. EMIL STEINBACH, Artikel: Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Österreich-Ungarn; in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften I (Jena 1890) 431 f.

¹²¹ Zit. SPITZMÜLLER, Steinbach 52.

¹²² Zit. EBD. 50.

des Vielvölkerstaates. In der Arbeiterschaft sah er, wie sein Weggefährte Joseph Maria Baernreither, einen Rettungsanker für den in Erosion begriffenen Vielvölkerstaat. Sie war „noch gesund“, die Arbeiter „werden soziale Politik machen, nicht nationale, sie sind dynastisch gesinnt, nicht irredentistisch, sie sind verlässlich, dankbar und leicht zu regieren“¹²³. Mit einem sozialen „Ausgleich“ glaubte er die Arbeiterschaft für den Staat gewinnen zu können. Die Korporationsbildung und ein neues, nicht-patriarchalisches Gewaltenverhältnis, das „schon bei den großen Organisationen vorkomme, aber auch auf den eigentlichen Arbeiterstand übertragen werden könne“¹²⁴, bildeten dazu die geeigneten Mittel. Das 1891 von ihm vorgelegte und 1892 in Kraft getretene Gesetz über die Einführung von „Arbeiterausschüssen“ in Fabriken stand am Beginn der „möglichen Ausgleiche sozialer Gegensätze“ zwischen Arbeitern und Unternehmern¹²⁵. Wenn auch „die Rechtsform des Arbeitsverhältnisses“ weiterhin der Vertrag blieb, waren über die „genossenschaftlichen Verbände“ im Sinne eines Interessenausgleichs von Verband zu Verband die Vertragsbedingungen zu vereinbaren¹²⁶.

Als Vordenker wirkte Steinbach auf die ihn umgebende Beamtenschaft. Zum Kreis um Steinbach zählten Franz Klein und Joseph Maria Baernreither¹²⁷. Letzterer wirkte im Sinne der Postulate Steinbachs. Unter maßgeblicher Beteiligung Baernreithers wurde das von Steinbach vertretene Modell des sozialen Ausgleichs in der Institution des 1898 gegründeten „Arbeitsbeirates“, eines Beratungs- und Begutachtungsgremiums für die Regierung in Fragen des Arbeiterschutzes, der Arbeiterfürsorge und der Sozialversicherung, realisiert. Als „einer der besten Kenner der sozialistischen Theorien“ entwickelte Baernreither, der sich auf den „Kathedersozialismus“ Lujo Brentanos und die englische Sozialpolitik stützte¹²⁸, eine Synthese von „alter liberaler Harmonieauffassung“ und Sozialismus¹²⁹, ohne am marktwirtschaftlichen System zu rütteln. Denn „bei der heutigen Eigentums- und Einkommensverteilung“ war es eine „wohl unumstößliche Wahrheit“, dass „die Industrie große Gewinne machen muß, um den arbeitenden Klassen einen großen Anteil daran gewähren zu können“¹³⁰. Daran hielt er bei der Umsetzung seiner sozialpolitischen Vorstellungen fest. Im Zusammenhang damit stand die Klärung der Frage des Staatsanteils bei der Lösung der sozialen Frage unter den spezifischen Bedingungen des österreichischen Kaiserstaates¹³¹. Ohne ihn zum Alleinverantwortlichen zu machen, forderte Baernreither das Eingreifen des Staates ein:

¹²³ JOSEPH M. BAERNREITHER, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897–1917*, herausgegeben von OSKAR MITIS (Wien 1939) 168.

¹²⁴ FRITZ, *Finanzminister Steinbach* 195.

¹²⁵ Vgl. EMIL STEINBACH, *Genossenschaftliche und herrschaftliche Verbände in der Organisation der Volkswirtschaft* (Wien 1901) 38.

¹²⁶ EBD. 25.

¹²⁷ HARALD BACHMANN, *Joseph Maria Baernreither (1845–1925). Der Werdegang eines altösterreichischen Ministers und Sozialpolitikers* (Neustadt an der Aisch 1977) 16.

¹²⁸ Vgl. JOSEPH MARIA BAERNREITHER, *Die englischen Arbeiterverbände und ihr Recht* (Tübingen 1886).

¹²⁹ BACHMANN, *Baernreither* 16.

¹³⁰ BAERNREITHER, *Verfall des Habsburgerreiches* 40.

¹³¹ Dazu ausführlich DERS., *Sozialreform in Österreich*; in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892) 11–43.

„Dem Staat wird, wie die Verhältnisse bei uns liegen, immer eine führende Rolle zukommen, aber er kann, was die Festigung des Zusammenhangs zwischen seinen socialpolitischen Institutionen und dem großen Leben des Volkes betrifft, nicht mehr tun, als die moralischen Kräfte beleben, unterstützen, zusammenfassen, denn niemand gibt sich wohl der Täuschung hin, dass der Staat der alleinige Executor der Socialpolitik sein kann“¹³².

Das bedeutete nicht individuelle, sondern staatliche Verantwortung, auch nicht private, sondern öffentliche „Organisation“¹³³. „Öffentliche Organisation“ hieß unter anderem Gründung von Kranken- und Unfallversicherungen für die Arbeiter und von „Hilfskassen“. Der Staat hatte als Mediator zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zu agieren, deren Integration in den Staat es – im Sinne Lujo Brentanos – über den genossenschaftlichen Zusammenschluss und die Einrichtung von Selbsthilfeinstitutionen voranzutreiben galt. Gefordert war jener Staat, der „die widersprechenden [...] Interessen der Einzelnen [...] nicht mehr regellos aufeinander wirken“ lassen durfte. Aus „Fürsorge für die schwächeren Schichten“ hatte er „jugendliche Arbeiter und Frauen in Schutz“ zu nehmen, „das ganze Lohnverhältnis einer gewissen überwachenden Control[l]e“ zu unterwerfen und für die „obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, Genossenschaften der Unternehmer und Arbeiter, sowie von Einigungsämtern für die fabrikmäßigen Betriebe“ zu sorgen¹³⁴.

Das fand in der Sozialpolitik Mitte der neunziger Jahre seinen Niederschlag. Diese leitete eine Entwicklung ein, „die in bedeutsamer Weise das traditionelle feudal-großbürgerliche Gesellschaftssystem des Habsburgerstaates“ aufbrach und dieses gesellschaftlich modernisierte¹³⁵. In diese staatlichen Initiativen fügte sich 1908 die Einrichtung einer sozialpolitischen Sektion im Handelsministerium ein. Dazu gehörte auch die Gründung des von Baernreither angestrebten „Hilfskassen“-Gesetzes, das die Arbeiter in das System der staatlichen Arbeiterversicherung integrierte, oder anderer halbstaatlicher Institutionen wie der „Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ (1908). Sie war das Ergebnis eines im März 1907 auf Initiative Baernreithers in Wien abgehaltenen Kongresses über Kinderschutz, Jugendfürsorge und Jugendstrafrecht¹³⁶. Einer der Protektoren des Kongresses war Justizminister Franz Klein. 1891 ins Justizministerium berufen, zählte der „liberale Bürokrat“ Klein als Sektionschef gleichfalls zu jenen Beamten, die im „Organisierten Kapitalismus“ und in der Idee des Wohlfahrtsstaates als Gegenmodell zum freien Konkurrenzkapitalismus eine Option für die Zukunft sahen. Ohne große Gesellschaftsmodelle zu entwickeln, ging es dem „eigentlich regierenden

¹³² EBD. 41.

¹³³ BACHMANN, Baernreither 25.

¹³⁴ BAERNREITHER, Sozialreform 11, 38 f.

¹³⁵ HELMUT RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (= Österreichische Geschichte 1804–1914, herausgegeben von HERWIG WOLFRAM, Wien 1997) 485.

¹³⁶ Vgl. JOSEPH M. BAERNREITHER, Die Ursachen, Erscheinungsformen und die Ausbreitung der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Einzeldarstellungen aus allen Teilen Österreichs, gesammelt von dem vorbereitenden Komitee des Ersten Österreichischen Kinderschutzkongresses in Wien, 1907 (= Schriften des Ersten Österreichischen Kinderschutzkongresse in Wien 1, Wien 1906).

und lenkenden Kopf“ in den Kabinetten Koerber und Beck darum¹³⁷, dem Staat über die Rechtssetzung in der Wirtschafts-, vor allem aber in der Sozialpolitik eine Aufgabe zuzuweisen. Unter dem Strich ergab das den Ruf nach einem verstärkten (indirekten) staatlichen Eingriff in soziale Belange. Nach Kleins Verständnis hatte der Staat mittels der Sozialgesetzgebung den ökonomisch bedrängten Bevölkerungsgruppen – von den Gewerbetreibenden bis zu den Bauern – unter die Arme zu greifen und ihnen in den Fragen des sozialen Ausgleichs ein Mitspracherecht einzuräumen. Dafür bedurfte es der Schaffung von Selbstverwaltungsinstitutionen, etwa Genossenschaften, Interessenverbänden oder sozialpartnerschaftlichen Gremien. Diesen mit Vertretern von Interessenverbänden besetzten Kommissionen oblag es, einen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und -nehmern herbeizuführen oder im Rahmen der Preisbildung gegen überdurchschnittliche Preissteigerungen, etwa im Falle von Kartellabsprachen, aktiv zu werden¹³⁸. Eingefordert wurde zudem die Rolle des Staates als sozialer Regulator im Wohnbau, der unter sozialen Aspekten zu betreiben war. Denn die Wohnraumfrage war eine wichtige Lebensfrage, und Wohnraum war um 1900 nicht billig. In die Miete floss ein Großteil des Einkommens. Dem galt es seitens des Staates über die Förderung des „sozialen Wohnbaus“ entgegenzuwirken. Die Einrichtung der „Zentralstelle für Wohnungsreform“ 1907 war ein erster Schritt. Der direkten staatlichen Wohnbauförderung ab 1908 folgte 1911 das auf Betreiben Kleins beschlossene Gesetz über das „(Erb-)Baurecht“, das als Grundlage für die Gründung von Wohnbaugenossenschaften den Durchbruch in Richtung einer staatlichen Wohnungsfürsorge bedeutete. Der soziale Wohnbau bildete ein wichtiges Element im Konzept des Wohlfahrtsstaates¹³⁹. Kleins Formel lautete: Der Staat hat die Aufgabe, den Armen und Schwachen zu helfen sowie für die Hebung von Wissen, Sittlichkeit und Kultur zu sorgen¹⁴⁰.

Damit begab sich Klein, ohne inhaltlich mit ihm überein zu stimmen, in die Nähe der Ideenwelt des „Juristensozialismus“ von Anton Menger, für den sich die Aufgabe des Sozialismus nicht nur im Kampf gegen die bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen stellte, sondern auch gegen die herrschenden rechtlichen Rahmenbedingungen¹⁴¹. Anregungen in diese Richtung hatte bereits Ende der sechziger Jahre Mathias G. Ratkowsky geliefert. Er verlangte vom Staat die Beseitigung der ungerechten Wirtschaftsordnung, den Einzug von Grundrenten, die Konfiskation von Vermögen über 20.000 Gulden, wenn sie nicht aus der Arbeit stammten, sowie die Errichtung eines Darlehensfonds, der Kapitalzins und Kapitalgewinn beseitigen sollte¹⁴². Daran knüpfte Menger an. In der 1903 erschienenen *Neuen Staatslehre* entwickelte er seine „sozial-

¹³⁷ RAINER SPRUNG, Der Lebensweg Franz Kleins; in: HERBERT HOFMEISTER (Hg.), Forschungsband Franz Klein (1854–1926). Leben und Wirken. Beiträge des Symposiums „Franz Klein zum 60. Todestag“ (Wien 1988) 38.

¹³⁸ FRANZ BALTZAREK, Franz Klein als Wirtschafts- und Sozialpolitiker; in: EBD. 177.

¹³⁹ EBD. 179.

¹⁴⁰ EBD. 180.

¹⁴¹ ANTON MENGER, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung (Stuttgart 21891).

¹⁴² MATHIAS G. RATKOWSKY, Zwei Vorträge über die Lösung der sozialen Frage, gehalten im sozialdemokratischen „Vereine zur Wahrung der Volksrechte“ (Wien 1868).

utopische Staatsvision“. Im Sinne einer politischen Rechtssetzung wurde die Umgestaltung des Staates wie des Rechts zugunsten der unteren Bevölkerungsgruppen gefordert¹⁴³, um den „volkstümlichen Arbeitsstaat“ und den „Gemeindesozialismus“ als Voraussetzung für den „Weltsozialismus“ zu schaffen¹⁴⁴. Aus diesem Grund war der Gemeinde das Eigentum an Produktionsmitteln zu übertragen. Ihr gegenüber hatte der Bürger das Recht auf Existenz, vice versa die Verpflichtung zur Arbeitsleistung¹⁴⁵. Die Regierungen hatten sich „daran zu gewöhnen, in der sozialen Bewegung eine fortschreitende Eroberung durch die besitzlosen Volksklassen zu erblicken“¹⁴⁶. Mengers Widerhall in der zeitgenössischen öffentlichen Diskussion blieb gering. Das lässt sich von den anderen akademischen Vordenkern nicht behaupten. Deren Sozialvorstellungen wurden rezipiert und flossen in die Sozialgesetzgebung ein. Das bedingte, dass um 1900 im Vergleich zur liberalen Ära die Sozialpolitik insgesamt „fortschrittlich“, aber in ihren Wirkungen letztlich doch begrenzt war¹⁴⁷. Die Initiative ging zum einen von den österreichischen Regierungen, zum anderen von den sich im Prozess der Konstituierung befindlichen Massenparteien aus.

5. Sozialevolution statt Sozialrevolution: „staatssozialistische“ Visionen und Annäherung an eine soziale Marktwirtschaft

Bis zum Ende der siebziger Jahre hatte, was die Verbesserung der sozialen Gegebenheiten betraf, ein Reformstillstand geherrscht. Der soziale Gedanke hatte keine Priorität. Ökonomisches Fortschritts- und Gewinndenken waren bestimmend. Sozialreformen großen Stils wurden seitens der liberalen Regierungen gemäß der von Innenminister Karl Giskra ausgegebenen Parole, in Österreich gäbe „es keine soziale Frage, für uns hört diese soziale Frage bei Bodenbach auf“¹⁴⁸, nicht initiiert. Eisern hielt man an den wirtschaftsliberalen Prinzipien fest, nach denen sogar die Beschränkung der Arbeitszeit als eine Verletzung der Freiheit interpretiert wurde¹⁴⁹. Dieses soziale Desinteresse hatte einfache soziale Wurzeln. Die Liberalen vertraten die Interessen des Unternehmertums. Aus deren Sicht hatten soziale Belange keine Priorität. Auch verbarg sich hinter dem Desinteresse die Gegnerschaft zum Sozialismus und zur Arbeiterschaft. In den Proletariern erblickte man „durch eigene Schuld brotlos gewordene Leute [...], Opfer des Alkohols und abgestrafte Verbrecher“¹⁵⁰. So war das soziale Netz während der Herrschaft der Deutschliberalen großmaschig geblieben. Dabei hatte der Konjunkturreinbruch von 1873 Lohnverfall, Arbeitslosigkeit und Existenzkampf gebracht. Betroffen davon waren die Industrie-

¹⁴³ Grundlegend dafür ANTON MENDER, *Neue Staatslehre* (Jena 1903).

¹⁴⁴ Vgl. GERALD SCHÖPFER, *Der österreichische Sozialpionier Anton Menger und sein Werk*; in: *Österreich in Geschichte und Literatur* 19 (1975) 327.

¹⁴⁵ MENDER, *Staatslehre* 249 f.

¹⁴⁶ EBD. 324.

¹⁴⁷ RUMPLER, *Mitteleuropa* 481.

¹⁴⁸ Zit. BRÜGEL, *Soziale Gesetzgebung* 58; Bodenbach (Podmokly; *Děčín*) war der böhmische Grenzort zum Deutschen Reich.

¹⁴⁹ EBD. 120.

¹⁵⁰ EDUARD SUESS, *Erinnerungen* (Leipzig 1916) 328.

arbeiterschaft, das Kleingewerbe und zunehmend die ländliche Bevölkerung. Damit war eingetreten, was Rudolf Brestel 1848 vorausgesehen hatte. Die „soziale Frage“ war zu einem „sauren Apfel, in den wir [= die Liberalen, W. D.] einmal beißen [werden] müssen“, geworden¹⁵¹.

Das soziale Krisenbewusstsein verschärfte sich. Die Forderungen nach Maßnahmen zur Bewältigung der sozialen Not nahmen zu. Das verlieh dem Thema „Sozialreform“ eine politische Brisanz. Die ideologischen Zugänge waren unterschiedlich. Die Arbeiterschaft orientierte sich an den klassenkämpferischen Prinzipien des Eisenacher Programms von 1869. Die Kleingewerbetreibenden verlangten Schutz vor der Industrie und dem Großkapital, und die mit der Agrarkrise der siebziger Jahre ökonomisch unter Druck geratene Bauernschaft forderte sozialen Schutz ein. Für die Politik stellte die sich verschlechternde soziale Lage eine Herausforderung ersten Ranges dar, verband sich mit der Bewältigung der Krise doch auch ein Legitimationsproblem für den Vielvölkerstaat. Vordergründig ging es um die Eindämmung der Gefahren, die sich für den Staat aus der „sozialen Frage“ ergaben. Neben den nationalpolitischen Auseinandersetzungen tat sich eine zweite, die Existenz des Staates belastende Front auf. Der Erhalt des Gesamtstaates erforderte entsprechende politische Schritte im Sozialbereich. Es galt, gegen die Fährnisse des Lebens, wie etwa Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität Sicherheiten zu schaffen und die Rahmenbedingungen vor allem für die in der Industrie, zum Teil auch für die in der Landwirtschaft Beschäftigten, zu verbessern¹⁵². Aus diesen Überlegungen und aus einem politischen Pragmatismus heraus im Sinne einer Stabilisierungspolitik zur Konsolidierung des Vielvölkerstaates begann die Regierung Taaffe im Sozialbereich aktiv zu werden. Sie hatte ein „kümmerliches sozialpolitisches Erbe“ übernommen¹⁵³. Die deutschliberalen Regierungen und Abgeordneten hatten sich einschneidenden Sozialreformen verweigert. Die Sozialkritik hielt sich in Grenzen. Überhaupt mangelte es am „Verständnis und noch mehr“ am Willen „für die großen Opfer“, welche die Lösung der sozialen Fragen den besitzenden Klassen abverlangte¹⁵⁴. Ganz dem Gedanken des individuellen Freiheits- und Verantwortungsprinzips verhaftet, erblickten die Deutschliberalen in der sozialen Frage keine politische, sondern eine ökonomische Angelegenheit. Daraus folgerten sie, dass der Staat in sozialen Belangen frei von Verpflichtungen sei. Man vertraute darauf, dass das individuelle Freiheits- und Verantwortungsprinzip für einen natürlichen Interessenausgleich sowie die Harmonisierung der Gesellschaft sorgen werde. Das war die vorherrschende Ansicht.

Es gab aber Außenseiter. Initiativen in Richtung einer sozialen Besserstellung und politischen Aufwertung der Arbeiterschaft beschränkten sich auf einzelne Vertreter. Dazu

¹⁵¹ ANTON SPRINGER (Hg.), Protokolle des Verfassungs-Ausschusses im Oesterreichischen Reichstage 1848–1849 (Leipzig 1885) 187.

¹⁵² ERNST BRUCKMÜLLER, Soziale Sicherheit für Bauern und Landarbeiter; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ROMAN SANDGRUBER, HANNES STEKL, Soziale Sicherheit im Nachziehverfahren. Die Einbeziehung der Bauern, Landarbeiter, Gewerbetreibenden und Hausgehilfen in das System der österreichischen Sozialversicherung (= Geschichte und Sozialkunde 3 – Reihe „Forschungen“, Salzburg 1978) 47 ff.

¹⁵³ HANS ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa (Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1976) 230.

¹⁵⁴ BRÜGEL, Soziale Gesetzgebung 107.

zählten Ernst von Plener, Josef Kopp, Franz Roser und Robert von Walterskirchen. Kopp unterstützte die Forderungen des Arbeitervereins „Volksstimme“ nach Arbeitervertretungen in Form von Arbeiterkammern und die Abschaffung der Verzehrungssteuer¹⁵⁵. Ein auf seine Anregung hin eingesetzter parlamentarischer Ausschuss forderte am 31. März 1874 die Regierung auf, „in die revidierte Gewerbeordnung schützende Bestimmungen über die Arbeitszeit von Kindern, jungen Personen und Frauen und über die Sanitätsverhältnisse in Fabriken und Werkstätten aufzunehmen sowie [...] eine ausreichende staatliche Aufsicht durch Fabriksinspektoren“ einzurichten¹⁵⁶. Zur Realisierung kam es nicht. Auch bedeutete die Initiative Koppes innerhalb der Deutschliberalen keine Neuausrichtung, es handelte sich bestenfalls um einen Denkanstoß. In gleichem Maße galt dies für die Überlegungen Pleners. An ihm war die Begegnung mit Ferdinand Lassalle während seiner Berliner Zeit nicht spurlos vorübergegangen¹⁵⁷. Für ihn war es evident, dass „die theoretische Grundlage des sozialistischen Gedankens [...] zu einer völligen Umformung unserer bisherigen Gesellschafts- und Eigentumsordnung führen“ musste¹⁵⁸. Das bildete im Dezember 1874 den Ausgangspunkt für die Forderung nach einer Übertragung der englischen Arbeiterschutzgesetzgebung auf den Habsburgerstaat, für die Schaffung von Arbeiterkammern und eine Reform der Fabrikgesetzgebung nach dem Vorbild Englands¹⁵⁹, jedoch in klarer Abgrenzung zur Idee des „sozialdemokratischen Zukunftsstaates“¹⁶⁰. Pleners Glaube an die sozialen Aufgaben des Staates wurde bei den Deutschliberalen zu keiner *opinio communis*. Er bewirkte in der liberalen Sozialprogrammatik zunächst keinen Paradigmenwechsel.¹⁶¹ Die Deutschliberalen maßen der Verbesserung der sozialen Gegebenheiten in ihren politischen Aktivitäten keine größere Bedeutung bei. Bis in die neunziger Jahre spielten soziale Aspekte in ihrer Programmatik keine herausragende Rolle. In keinem zwischen 1871 und 1873 beschlossenen „Programm der Deutschen in Österreich“ fanden diese eine Erwähnung¹⁶². Sie überließen das Terrain dem in Ausformung begriffenen sozialdemokratischen und christlichsozial-konservativen Lager.

¹⁵⁵ EBD. 108.

¹⁵⁶ EBD. 109.

¹⁵⁷ Vgl. ERNST VON PLENER, Ferdinand Lassalle. Separatdruck aus der Allgemeinen Deutschen Biographie (Leipzig 1884).

¹⁵⁸ DERS., Rede im Abgeordnetenhaus am 17. Dezember 1874; in: REDEN VON DR. ERNST FREIHERRN VON PLENER 1873–1911 – dem österreichischen Patrioten, Redner und Staatsmann, zum siebenzigsten Geburtstag (Stuttgart – Leipzig 1911) 387.

¹⁵⁹ DERS., Die englische Fabrikgesetzgebung (Wien 1871); DERS., Rede im Abgeordnetenhaus am 1. Februar 1887; in: PLENER REDEN 387.

¹⁶⁰ EBD. 386 ff.

¹⁶¹ IRENE GARTNER, Die soziale Frage und das Verhältnis zur Arbeiterbewegung; in: LEOPOLD KAMMERHOFER (Hg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873–1879. Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 25, Wien 1992) 204 f.

¹⁶² Programm des ersten deutschösterreichischen Parteitages vom 22. Mai 1870; in: DIETHILD HARRINGTON-MÜLLER, Der Fortschrittsklub im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats 1873–1910 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 11, Wien – Köln – Graz 1972) 157 ff.; Programm des zweiten deutschösterreichischen Parteitages vom 26. Februar 1871; in: EBD. 159 ff.; Programm des dritten deutschösterreichischen Parteitages vom 27. April 1873; in: EBD. 161 ff.

Mit Taaffes Regierung des „Eisernen Rings“ erfolgte die große Wende. Eine der neuen politischen Parolen lautete „Sozialreform“. Das entsprach den Zeitumständen. Angesichts der Erschütterungen des kapitalistischen Systems durch die „Große Depression“ verstärkte sich das Bedürfnis nach sozialer Absicherung. Der Staat reagierte auf diesen Mentalitätswandel und nahm den Aufbau eines Sozialsystems in Angriff. Dabei setzte die Regierung Taaffes in Abkehr von der liberal-individualistischen Gesellschaftsphilosophie bereits auf eine Politik der Staatsintervention. Diese stand im Einklang mit dem System des „Organisierten Kapitalismus“. Ideelle Vorarbeiten dazu existierten bereits. In den politischen Lagern quer durch alle Nationalitäten hatte sich im Gefolge der „Großen Depression“ die Diskussion über die Möglichkeiten der Lösung der sozialen Frage, über deren Umsetzung mit der Politik gerungen wurde, intensiviert. Bedeutsam für die Fundamentierung der Taaffeschen Sozialpolitik wurde die von Karl von Vogelsang und dem Zirkel von „Sozialaristokraten“ unter den Prämissen des „christlichen Sittengesetzes“ formulierte Sozialprogramm. Angeregt durch die „Genfer Runde“ um Bischof Gaspar M. Mermillod sowie den vom Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler propagierten Sozialkatholizismus, erhielt die Diskussion um eine katholische Sozialreform ab den frühen siebziger Jahren im Habsburgerstaat einen kräftigen Impuls¹⁶³. Bis dahin hatte der „Kulturkampf“ die Kräfte des österreichischen Katholizismus absorbiert. Jene sozialen Gedanken, wie sie der nachmalige Fürsterzbischof von Wien und Kardinal Anton Joseph Gruscha und der Bischof von Leitmeritz (Litoměřice; *Litoměřice*) Augustin Bartholomäus Hille knapp zwei Jahrzehnte davor vertreten hatten, gewannen an Aktualität. Gruscha, seit 1863 Professor für Pastoraltheologie an der Wiener Universität, hatte als Vertreter des Episkopats erstmals die sozialen Aufgaben der Kirche im Zusammenhang mit der Linderung der im Zuge der Industrialisierung entstehenden Not betont. Zu diesem Zweck forcierte er die Einrichtung von Pastorkonferenzen zur Schulung des Klerus und die Gründung „Katholischer Gesellenvereine“¹⁶⁴. Hille, seit 1820 Professor der praktischen Theologie in Leitmeritz, betonte die Verpflichtung der Unternehmer, mit der Arbeiterschaft eine „soziale Familie“ zu bilden und sich der sozialen Verantwortung bewusst zu sein¹⁶⁵. Früher als andere politische Köpfe des katholisch-konservativen Milieus erkannten beide die Komplexität der „sozialen Frage“. Diese beschränkte „sich nicht nur auf das Problem der Verteilung des Volkseinkommens“, sondern bestimme das gesamte „religiös-sittliche, politische, wirtschaftliche und genossenschaftliche Leben der Völker“. Entscheidend für deren Lösung sei, dass sie nicht „zu einer Parteisache

¹⁶³ Vgl. FRIEDRICH FUNDER, *Aufbruch zur großen Sozialreform* (= Beiträge zur neueren Geschichte des christlichen Österreich, Wien – München 1953); KNOLL, *Tradition der christlichsozialen Partei* 99–144.

¹⁶⁴ Zu Gruschas sozialem Programm vgl. FERDINAND BISCHOF, *Kardinal Gruscha und die soziale Frage*, staatswiss. Diss. (Wien 1959); OTTO POSCH, *Anton Josef Gruscha und der österreichische Katholizismus 1820–1911*, phil. Diss. (Wien 1947).

¹⁶⁵ ERIKA WEINZIERL-FISCHER, *Artikel Geschichte der sozialen Bewegung in Österreich*; in: *KATHOLISCHES SOZIALLEXIKON*, herausgegeben im Auftrag der Katholischen Sozialakademie Österreichs von ALFRED KLOSE (Innsbruck – Wien – München 1964) 777.

für eine einzelne Klasse“ gemacht werde. Das erschwere „eine friedliche Lösung, die nur, wenn sie als eine gemeinsame aller Klassen erkannt wird, denkbar ist“¹⁶⁶.

Daran knüpfte der österreichische Katholizismus während der siebziger Jahre an, angeregt durch den Mainzer Katholikentag 1871 und den französischen Sozialreformkatholizismus¹⁶⁷. Konservativ-katholische Aristokraten wurden zu Trägern und Vermittlern des sozialen Gedankens. Um Vogelsang, Johann Anton Graf Pergen, Leo Graf Thun, Franz Graf Kuefstein, die Prinzen Alfred und Aloys Liechtenstein, Egbert Graf Belcredi sowie Gustav Graf Blome formierte sich ein katholisch-konservativer Zirkel, der den Fokus nicht mehr so sehr auf die Auseinandersetzung um die liberale Gesetzgebung im Gefolge des „Kulturkampfes“, sondern vielmehr auf die virulenter werdende „soziale Frage“ lenkte. Von ihrer Lösung – so die Analyse – hing der „politische Sieg [= der Katholisch-Konservativen, W.D.] in naher Zukunft“ ab¹⁶⁸. Die „soziale Frage“ mit einer Liberalismus- wie Kapitalismus-Kritik verknüpfend, wurde Aloys Prinz Liechtenstein unter dem Einfluss der Ideenwelt Kettlers sowie des nach Wien emigrierten Göttinger Staatsrechtlers Jakob Maxen zum Vordenker. Seine katholisch-konservative Sozialtheorie bildete einen Gegenentwurf zu der vom individualistischen Konkurrenz- und Gewinnstreben bestimmten liberalen Sozialordnung und zum marxistisch-sozialistischen Sozialmodell. In Rückgriff auf die Traditionen der katholisch-romantischen Sozialkritik entwarf Liechtenstein das Modell einer harmonischen Gesellschaft, in der die genossenschaftliche Organisierung zur tragenden Säule wurde. Das inkludierte den Ausbau der organisatorischen Basis für eine Regelung der Arbeitsverhältnisse, sowie die Bereitstellung eines organisatorischen Rahmens durch den Staat für einen Interessenausgleich zwischen den Arbeitsmarktparteien, um etwa in der Frage der Entlohnung oder der Festsetzung der Arbeitszeiten Arbeitnehmer und -geber auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen¹⁶⁹. Mit einer Rede bei der Festversammlung des „Katholisch-politischen Vereins für Niederösterreich“ (18. Mai 1875) über „Die sociale Frage“ gab der „rote Prinz“ den Startschuss zur Formierung der katholischen Sozialbewegung. Er trat für eine Sozialgesetzgebung ein, in die die Berufsgenossenschaften eingebunden waren. Eine Revision der bestehenden Gewerbe-gesetzgebung und ein neues Arbeitsrecht waren die zentralen Forderungen. Daran knüpfte der „Erste Allgemeine Österreichische Katholikentag“ im Frühjahr 1877 an. Erstmals artikuliert sich die katholische Sozialbewegung in einem größeren öffentlichen Rahmen. Neben dem Hauptthema – der Beseitigung der liberalen Schulgesetzgebung – wurde der „so-

¹⁶⁶ WIARD KLOPP (Hg.), Die socialen Lehren des Freiherrn Karl von Vogelsang. Grundzüge einer christlichen Gesellschafts- und Volkswirtschaftslehre aus dem literarischen Nachlasse desselben, zusammengestellt von WIARD KLOPP (Wien 1938) 180.

¹⁶⁷ AUGUST M. KNOLL, Der soziale Gedanke im modernen Katholizismus I: Von der Romantik bis *Rerum novarum* (= Kleine historische Monographien 34, Wien – Leipzig 1932) 78–82.

¹⁶⁸ Zit. ERIKA WEINZIERL-FISCHER, Aus den Anfängen der christlichsozialen Bewegung in Österreich. Nach der Korrespondenz des Grafen Anton Pergen; in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 14 (1961) 470.

¹⁶⁹ ALOYS PRINZ LIECHTENSTEIN, Die soziale Frage. Rede, gehalten am 3. Mai 1877 in der Schlußversammlung des Allgemeinen Österreichischen Katholikentages (Wien 1877) 21.

zialen Frage“ große Aufmerksamkeit zuteil¹⁷⁰. Das fand in der Verabschiedung „sozialer Resolutionen“, unter anderem jener über die Gründung eines „Vereins für christliche Gesellschaftswissenschaften, Wirtschafts-, Rechts- und Staatslehre“, seinen Niederschlag¹⁷¹. Der österreichische Katholizismus hatte sich, wenn auch dem österreichischen Episkopat die sozialen Belange zu diesem Zeitpunkt keine *causa prima* waren, in die öffentliche Diskussion um die Sozialreform eingeklinkt. Der Boden für die Formulierung eines katholisch-konservativen Sozialprogramms als Antwort auf Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus war bereitet¹⁷².

Zum Herz und Hirn wurde der 1864 in den österreichischen Kaiserstaat eingewanderte Karl von Vogelsang¹⁷³. Die Tageszeitung *Das Vaterland* und die *Österreichische Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft und Volkswirtschaft* (ab 1883: *Österreichische Monatsschrift für christliche Social-Reform, Gesellschafts-Wissenschaft, volkswirtschaftliche und verwandte Fragen*), in der 1883 die Untersuchung über *Die materielle Lage des Arbeiterstandes in Österreich* erschien, wurden zu den publizistischen Sprachrohren¹⁷⁴. Kompromisslos wurde ein antiliberaler Standpunkt vertreten:

„Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialsystem, welches jetzt die ganze zivilisierte Welt absolut beherrscht, heute jedoch den Kulminationspunkt seiner Herrschaft bereits überschritten hat und dem Untergange zueilt, steht in einem unveröhnlichen Widerspruch zu der gesamten ethischen Veranlagung des Christentums. Ein dauerndes Nebeneinander beider entgegengesetzter Systeme ist unmöglich.“¹⁷⁵

Aus der antikapitalistischen Kritik, dass die Privatinitiative ein Element „nackten Eigennutzes“ und der Kapitalismus ein gesellschaftsauflösendes Prinzip waren, entwickelte der mecklenburgische Konvertit seine Sozialtheorie mit dem Hintergedanken der „Entproletarisierung der Proletarier“. Anknüpfend an Aloys von Liechtenstein¹⁷⁶ sowie unter dem Einfluss des Moraltheologen Albert M. Weiß¹⁷⁷ stellte Vogelsang das Modell einer harmonischen, ständisch organisierten Gesellschaft ohne Proletariat als

¹⁷⁰ Vgl. VERHANDLUNGEN DES ALLGEMEINEN ÖSTERREICHISCHEN KATHOLIKENTAGES für die gesammte Monarchie zu Wien am 30. April, 1., 2. und 3. Mai 1877. Nach stenographischen Aufzeichnungen (Wien o. J.).

¹⁷¹ EBD.

¹⁷² GERHARD SILBERBAUER, *Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage* (Graz –Wien 1966) 61 ff.

¹⁷³ Vgl. KARL VON VOGELANG, *Praktische Vorschläge zur Beseitigung des Notstandes durch Lösung der sozialen Frage* (Wien 1878); DERS., *Gesammelte Aufsätze über socialpolitische und verwandte Themata* (Augsburg 1886); KLOPP (Hg.), *Sociale Lehren*.

¹⁷⁴ Zum *Vaterland* vgl. PETRONILLA EHRENPREIS, Die „reichsweite“ Presse in der Habsburgermonarchie; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung* (Wien 2006) 1767–1778.

¹⁷⁵ KARL VON VOGELANG, *Zins und Wucher. Ein Separatvotum in dem vom deutschen Katholikentage eingesetzten sozialpolitischen Comité* (Wien 1884) 3.

¹⁷⁶ ALOYS PRINZ LIECHTENSTEIN (Hg.), *Über Interessenvertretung im Staate mit besonderer Berücksichtigung auf Österreich* (Wien – Pest 1875).

¹⁷⁷ ALBERT MARIA WEISS, *Zins und Wucher, Darlehen und Capital, Capital und Arbeit* (Graz 1882); DERS., *Die Gesetze für Berechnung von Kapitalzins und Arbeitslohn. Erste Beilage zur Apologie des Christenthums* (Freiburg 1883).

Gegenmodell zur Diskussion: „Der einzig sichere und unter allen Umständen widerstandsfähige Damm ist ein korporativ geordnetes Volk“, weshalb „das Ständeprinzip, als ein Naturgesetz des Menschen, [...] zur Geltung“ gebracht werden müsse¹⁷⁸. Bei ihm deutete sich die Ambivalenz der katholisch-christlichsozialen Position an: zum einen eine antimodernistische Position gegenüber Kapitalismus und Industrialisierung mit einem Blick auf das ständisch-mittelalterliche Gesellschaftsmodell als Option zur Überwindung der Klassengegensätze, zum anderen eine Antwort auf den ökonomisch-gesellschaftlichen Wandel durch den Entwurf neuer Formen von Selbsthilfe im Sinne eines Subsidiaritätsprinzips und das Einfordern des staatlichen Engagements im Sozialbereich. Verstärkt richtete sich der Fokus auf den Interessenhorizont der durch die Industrialisierung und die Wirtschaftskrise bedrängten gewerblichen Kleinproduzenten, weniger der Bauern.

Vogelsangs Gedanken fielen auf fruchtbaren Boden, sowohl hinsichtlich der Sozialdiskussion als auch der politischen Umsetzung. Innerhalb des katholisch-konservativen Lagers war die Diskussion um die Verbesserung der sozialen Belange zu einem Thema geworden. Im Abgeordnetenhaus sorgten Belcredi und Blome für die politische Umsetzung. Die Gewerbenovellen (1883 und 1885), das Gewerbeinspektorsgesetz (1883), das Krankenversicherungsgesetz (1888) sowie das Unfallversicherungsgesetz (1886) basierten zu Teilen auf den Ideen des Vogelsang-Kreises, der auch „die erstmalige Realisierung von arbeitsrechtlichen Normen in größerem“ Stil betrieb¹⁷⁹. Dazu dienten auch die erste statistische Erhebung über die soziale Lage der Arbeiterschaft 1883 oder die erste parlamentarische Enquete über die Arbeitszeitverkürzung. Beides war eine Initiative der katholisch-konservativen Abgeordneten¹⁸⁰. Es formierte sich eine breite katholische Sozialbewegung, in die rasch der niedere Klerus eingebunden wurde. Katholische Geistliche wurden sozial aktiv. 1879 veröffentlichte der mährische Priester Anton Tschörner eine statistische Übersicht über die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft mit dem Ergebnis, dass nahezu zwei Drittel der Arbeiter ihre Lebensbedürfnisse nicht ausreichend befriedigen konnten¹⁸¹. Theologen wie Josef Scheicher, der sich, versehen mit antiliberal-antisemitischen Untertönen, in seinen Schriften als gemäßigter Anhänger eines mit dem Kapitalismus nicht kompatiblen „Staatssozialismus“ deklarierte¹⁸², und Rudolf Eichhorn, als Religionslehrer im Industriebezirk Floridsdorf täglich mit dem Arbeiterelend konfrontiert, gingen weiter¹⁸³. Scheichers „Staatssozialismus“

¹⁷⁸ KLOPP (Hg.) *Sociale Lehren* 93.

¹⁷⁹ WEIDENHOLZER, *Der sorgende Staat* 180.

¹⁸⁰ WEINZIERL-FISCHER, *Geschichte der sozialen Bewegung* 778.

¹⁸¹ ANTON TSCHÖRNER, *Die materielle Lage des Arbeiterstandes in Österreich*; in: *Österreichische Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft und Volkswirtschaft* 1 (1879) 284–292, 320–333, 376–390, 423–436, 479–487 und 526–533; vgl. SILBERBAUER, *Österreichs Katholiken* 89 ff.

¹⁸² Zu seinem sozialpolitischen Wirken vgl. HEDWIG DAVID, *Josef Scheicher als Sozialpolitiker*, phil. Diss. (Wien 1946); JOSEF KENDL, *Josef Scheicher. Priester und Politiker an der Schwelle einer neuen Zeit*, kath. theol. Diss. (Salzburg 1967) sowie insbesondere JOHN W. BOYER, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897* (Chicago – London 1981) 140 ff.; weiters JOSEPH SCHEICHER, *Der Klerus und die soziale Frage. Moral-soziologische Studie* (Innsbruck 1884); DERS., *Die sociale Lage und die sociale Frage. Rede* (Wien 1890).

¹⁸³ BOYER, *Political Radicalism* 155.

beinhaltete die Verstaatlichung von kommunalen Einrichtungen, der Eisenbahnen und der Montanunternehmen, aber auch der Produktion von Brot¹⁸⁴. Eichhorn sah die sich abzeichnenden Probleme der Bauernschaft. Mit Karl Scheimpflug plädierte er auf dem ersten niederösterreichischen Bauerntag (1896) für die Gründung von Agrargenossenschaften als einer Organisation bäuerlicher Selbsthilfe.

Diese Bestrebungen seitens des cisleithanischen Katholizismus stellten eine verspätete Antwort auf den Zusammenbruch der ständisch-feudalen Gesellschaft dar. Damit eilte man allerdings den anderen Kirchen und Glaubensgemeinschaften voraus, die am Traditionellen festhielten und sich weiter auf die Verteilung sozialer „Liebesgaben“ beschränkten. Auf den Entwurf tief greifender Sozialkonzepte wurde verzichtet. Das galt insbesondere auch für den österreichischen Protestantismus, der sich den Standpunkt der Kirchenleitung im Deutschen Kaiserreich zu Eigen machte, wo Johann Hinrich Wichern, Begründer der „Inneren Mission“, und Victor Aimé Huber ein erstes Sozialprogramm formulierten. Dieses war die „konfessionell-praktische Ergänzung“ zum „Kathedersozialismus“ Adolph Wagners, der in Verbindung mit dem „Pastoren-Sozialismus“ zum Ausgangspunkt einer evangelisch-sozialen Bewegung wurde. Getragen wurde diese von Adolf Stöcker und dem von ihm mitinitiierten „Zentralverein für Sozialreform“. Seitens der deutschen Oberkirchenleitung fanden Stöckers sozialpolitische Forderungen, wie etwa das Recht auf Arbeit, einen „menschenwürdigen Lohn“ und die Schaffung „christlicher Assoziationen der Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe“ keine Unterstützung. Mit der gleichen Skepsis begegnete diesen die österreichische Kirchenleitung, die eine distanzierte Haltung zur modernen Industriegesellschaft und ihren Problemen hatte. Strikt hielt man an der Trennung von Religion und Politik fest. Das bedeutete eine Absage an den „Pastoren-Sozialismus“ und den Verzicht auf die Formierung einer evangelischen Sozialbewegung¹⁸⁵. Die *actio socialis* reduzierte sich auf die Institutionen der „Inneren Mission“ und der Diakonie. Zur „inneren“ Mission trat keine „äußere“. Dementsprechend kam man an die Arbeiterschaft nicht heran.

Dagegen intensivierte der österreichische Katholizismus – mit unterschiedlichen Zugängen und Akzentuierungen – seit den achtziger Jahren die Diskussion. Das Hauptaugenmerk richtete sich nicht mehr auf das Praktizieren einer tätigen Nächstenliebe, sondern auf das politische Engagement für die sozial Schwachen, die Angehörigen der Unterschichten, für jene, die zu den Modernisierungsverlierern zählten und für die es weder eine kollektive Selbsthilfe noch eine Staatshilfe gab. Die Kluft zwischen arm und reich war zu verringern. Unter dem Eindruck der Lehren Vogelsangs und vor dem Hintergrund des Wandels von einer feudalen Bischofskirche zu einer Volkskirche verstärkte sich seitens des katholischen Klerus die Beschäftigung mit den sozialen Missständen, insbesondere in der Arbeiterschaft, bald aber auch des gewerblichen Mittelstandes und der ländlich-agrarischen Bevölkerung. Letztere wurde vom kollektivistischen „Sozialprotektionismus“ wenig berücksichtigt¹⁸⁶. Eine neue Generation von jungen Priestern, die sich der Nöte des „kleinen Mannes“ annahm, wurde tätig. Sie beteiligten sich an

¹⁸⁴ SCHEICHER, Klerus und soziale Frage 175.

¹⁸⁵ KNOLL, Der soziale Gedanke I 59 f.

¹⁸⁶ BRUCKMÜLLER, Bauern und Landarbeiter 32 f.

der breit geführten Sozialdiskussion. Im Vorfeld des Zustandekommens der „Magna Charta“ des Sozialkatholizismus, der Enzyklika „Rerum novarum“ (15. Mai 1891), mehr aber noch in den Jahren nach deren Promulgation, entwickelten die cisleithanischen Sozialkatholiken ein Prinzipiengerüst, das eine Korrektur der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung intendierte. Mit ihr als „sicherer Unterlage aller christlichen Sozialarbeit“ verfügte man über ein festes ideologisches Fundament mit einem breiten inhaltlichen Spannungsbogen¹⁸⁷. „Rerum novarum“ stärkte innerhalb des katholisch-konservativen Lagers jene Kräfte, die vom Staat eine soziale Verantwortung und soziales Agieren einforderten. Hinsichtlich der zu beschreitenden Wege gab es unterschiedliche Ansätze. Diese reichten von bloßen Reformen zur sozialen Besserstellung der Industriearbeiterschaft über Diskussionen, die eine berufsständische Neuordnung der Gesellschaft als Option zur Überwindung sozialer Antagonismen befürworteten, bis hin zur Frage über die Intensität der staatlichen Intervention, ohne das Hauptaugenmerk ausschließlich auf die Arbeiterfrage zu lenken. Ein verbesserter Arbeiterschutz bildete nur einen, wenn auch nicht unwichtigen Aspekt. Der soziale Ansatz war umfassender. Es ging um eine große „Sozialreform auf christlicher Basis“. Das inkludierte ebenso die Frage, wie das Kleingewerbe vor der industriellen Konkurrenz und das Kleinbauernum vor den Mechanismen des Agrarkapitalismus geschützt werden konnten¹⁸⁸.

Es war in der Nachfolge Vogelsangs Franz Martin Schindler, seit 1878 Inhaber der Lehrkanzel für Moraltheologie an der Leitmeritzer Theologischen Lehranstalt, ab 1887 (bis 1917) Ordinarius für Moraltheologie an der Wiener Universität, der vor 1900 zum bedeutendsten katholischen Sozialideologen aufstieg. Im Jesuiten Josef Biederlack, der an der Innsbrucker Theologischen Lehranstalt 1893 Vorlesungen über die „soziale Frage“ ins Lehrveranstaltungsprogramm nahm, erhielt er einen Weggefährten¹⁸⁹. Es war Schindler, der als Mitglied (seit 1883) und unter dem Einfluss der „Freien Vereinigung katholischer Sozialpolitiker Deutschlands und Österreichs“ am „Zweiten Österreichischen Katholikentag“ im Frühjahr 1889, auf dem nicht mehr die Sozialaristokraten, sondern schon der niedere Klerus und die Vertreter des gewerblichen Kleinbürgertums den Ton angaben, den Anfang vom Ende der Ära Vogelsang einleitete. Der antikapitalistisch orientierte Flügel um Scheicher und Viktor Kolb wurde in die Defensive gedrängt. Man beschritt neue Wege. Im Anschluss an „Rerum novarum“ wurde von der Gruppe um Schindler und Biederlack der Arbeitslohn als sittlich erlaubt und wirtschaftlich gerechtfertigt erklärt. Denn dem von Vogelsang verworfenen Lohnvertrag hafte nichts an, „was mit der christlichen Auffassung von der Würde des Menschen und von den naturgegebenen Verhältnissen der Menschen zueinander nicht vollkommen vereinbar wäre“¹⁹⁰. Allerdings musste der industrielle Fortschritt „langsam vor sich gehen, die moralische Seite sich entwickeln können“. Aus diesem Grund war

¹⁸⁷ HANS SCHMITZ, Artikel *Rerum novarum*; in: KATHOLISCHES SOZIALLEXIKON 947.

¹⁸⁸ KNOLL, *Tradition der christlichsozialen Partei* 92 f.

¹⁸⁹ SILBERBAUER, *Österreichs Katholiken* 137.

¹⁹⁰ FRANZ MARTIN SCHINDLER, *Die soziale Frage der Gegenwart vom Standpunkte des Christentums* (Wien 1905) 164.

auf die „Solidität der wirtschaftlichen Grundlage und die Beständigkeit des Unternehmens, die gesetzliche Unbescholtenheit des Unternehmers [...] und daß das neue Unternehmen nicht durch einen unvermittelten Uebergang ganze Bevölkerungsteile arbeits- und brodlos mache“, zu achten¹⁹¹. Zudem forderte man ein Mitaufsichtsrecht der Arbeiter bei der Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage der Reorganisation der Gesellschaft auf einer berufsgenossenschaftlichen Grundlage als einer Möglichkeit zur Relativierung sozialer Probleme. Erblickte Schindler 1889 in der „genossenschaftlichen Organisation der Berufsklassen“ noch „ein wesentliches Mittel zur Heilung der sozialen Schäden der Gegenwart“¹⁹², löste er sich in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges „in seinem berufsständischen Denken von patriarchalisch-autoritären Ansichten“ und vom Modell der Ständeordnung als Ersatz für den Parlamentarismus. Noch war die Stände-Idee aber nicht tot. So erblickte der Ideologe des politischen Agrarismus und „jungtschechische Freidenker“ Alfons Št'astný in einer ständischen Gesellschaftsordnung, allerdings frei von konfessionellen Bindungen, die bestmögliche Absicherung der tschechischen Bauernschaft¹⁹³.

Was sich auf dem „Zweiten Österreichischen Katholikentag“ andeutete, fand auf den beiden Katholikentagen in Linz (1892) und Salzburg (1896)¹⁹⁴, vor allem aber in den „Enten“-Abenden (benannt nach einer regelmäßigen Diskussionsrunde im Hotel „Zur Ente“ in Wien) seine Fortsetzung. Der Lösung der sozialen Probleme wurde ein höherer Stellenwert eingeräumt, auch innerhalb des österreichischen Episkopats, der lange sein Heil in alten Denkmustern gesucht hatte und den sozialpolitischen Belangen skeptisch bis hilflos gegenüber gestanden war¹⁹⁵. Die lange hoch gehaltenen Formen zur Beseitigung der Armut, wie christliche Mildtätigkeit, eine asketische Lebensweise, die „Zurückhaltung von gefährlichen und maßlosen Lustbarkeiten durch Beschränkung des Luxus, der Putz- und Genusssucht“ sowie „Keuschheit und Mäßigkeit“ hatten sich als ein sehr lebensferner Standpunkt herausgestellt. Im Gefolge von „Rerum novarum“ beschritten die Bischöfe, allen voran der Olmützer Erzbischof Theodor Kohn, der Lemberger armenisch-katholische Erzbischof Josef Teodorowicz, der St. Pöltener Bischof Johannes Baptist Rößler sowie der Militärbischof Koloman Belopotoczky, neue Wege. 1891 beschloss die Bischofskonferenz die Schaffung einer eigenständigen Sektion, die Konzepte zur Lösung der „sozialen Frage“ erarbeiten sollte. Dazu kam der Entschluss, auf der Grundlage der

¹⁹¹ VERHANDLUNGEN DES II. ALLGEMEINEN ÖSTERREICHISCHEN KATHOLIKENTAGES für die gesammte Monarchie zu Wien am 29. und 30. April, 1. und 2. Mai 1889. Nach stenographischen Aufzeichnungen II: Verhandlungen der Sectionen Schule, Sociales, Kunst und Wissenschaft, Katholisches Leben und Vereinstätigkeit (Wien 1889) 148.

¹⁹² EBD. 194.

¹⁹³ URBAN, Die tschechische Gesellschaft I 710.

¹⁹⁴ Vgl. BERICHT ÜBER DEN III. ALLGEMEINEN ÖSTERREICHISCHEN KATHOLIKENTAG IN LINZ vom 8. bis inclusive 11. August 1892, herausgegeben vom vorbereitenden Comité (Wels 1892); BERICHT ÜBER DEN VIERTEN ALLGEMEINEN ÖSTERREICHISCHEN KATHOLIKENTAG IN SALZBURG vom 31. August bis inclusive 3. September 1896, herausgegeben vom vorbereitenden Comité (Salzburg 1896).

¹⁹⁵ Vgl. FRITZ FAUSTMANN, Die Sozialpolitik der österreichischen Bischöfe im Herrenhaus (1861–1918), phil. Diss. (Wien 1949).

„Denkschrift in Betreff der brennenden socialen Fragen“ Leitlinien für das soziale Wirken des Klerus herauszugeben. 1897 unterstützte man „den von dem Professoren-Collegium der theologischen Facultät der Universität Wien gestellten Antrag, dass [...] vom Studienjahr 1897-[189]8 an in jedem Semester ein zweistündiges außerordentliches Collegium über christliche Soziologie abgehalten“ werden sollte¹⁹⁶.

Schindler sorgte für eine neue ideologische Fundamentierung der sozialreformerschen Bewegung. Nach dem Tod Vogelsangs 1890 profilierte sich der „Sohn des Erzgebirges“ innerhalb des Katholizismus als Programmierer der christlichsozialen Bewegung und übernahm die geistige Führerschaft in der Ausarbeitung einer katholischen Sozialtheorie. Das als Gegenentwurf zum sozialdemokratischen „Hainfelder Programm“ (1888/89) gedachte, von ihm erarbeitete christlichsoziale Parteiprogramm des Jahres 1891¹⁹⁷ brachte einen Paradigmenwechsel. In der Tradition der jesuitisch geprägten Gladbacher Schule des prokapitalistischen Solidarismus Heinrich Peschs trat an die Stelle der konservativ-sozialistischen Orientierung Vogelsangs eine entromantiserte Sozialideologie, die den Parolen Vogelsangs mit der Forderung nach Miteigentumsrechten der Arbeiter an ihren Arbeitsstätten und dem Zinsverbot, das nicht als „Angelpunkt der sozialen Frage“ angesehen wurde, eine Absage erteilte. Was auf den ersten Blick wie antikapitalistisch aussah, war im Kern kapitalismuskritisch. Daraus erwuchs ein Modell, das auf eine Korrektur der negativen Begleiterscheinungen des Kapitalismus abzielte. Das „Schindler-Programm“ strebte keineswegs eine Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Privateigentums an. Es bejahte die „Einheit von Arbeit und Kapital“ als „einer Gemeinschaft in der Aussaat, in der Erzeugung, nicht aber auch in der Ernte, im Ertrag“¹⁹⁸. In Anlehnung an Pesch postulierte es den „Solidarismus“ als integratives Element gesellschaftlichen Seins. Dabei stand die umfassende Schutzgesetzgebung für die „Industriearbeiter“, unter anderem mit einem Verbot des Trucksystems, der Forderung nach gewerkschaftlichen Schiedsgerichten sowie „die Gewährung [...] des Mitaufsichtsrechts der Arbeiter zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter“, nicht mehr im Vordergrund¹⁹⁹. Der Arbeiterschutz war nur ein Themenfeld unter vielen und stand an der letzten Stelle des Parteiprogramms. So war es nicht verwunderlich, dass in den christlichsozialen Wahlaufrufen ein Sozialprogramm für die Arbeiterschaft nicht vorkam. Ebenso wenig gelang es der christlichsozialen Arbeiterbewegung von Anton Orel und Leopold

¹⁹⁶ Vgl. V. Sitzung am 7. November 1891; in: PROTOKOLL DER CONFERENZ DES BISCHÖFLICHEN COMITÉS IN WIEN VOM 5.– 9. NOVEMBER 1891 (Prag 1892) 6; VII. Sitzung am 19. November 1897; in: PROTOKOLL DER CONFERENZ DES BISCHÖFLICHEN COMITÉS IN WIEN VOM 16.–22. NOVEMBER 1897 (Prag 1897) 7; MICHAELA KRONTHALER, Die Entwicklung der österreichischen Bischofskonferenz. Von den ersten gesamtbischoflichen Beratungen 1849 bis zum Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils; in: 150 JAHRE ÖSTERREICHISCHE BISCHOFSKONFERENZ, herausgegeben vom Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz (Wien 1999) 45.

¹⁹⁷ Das „Schindler“-Programm 1891; in: KLAUS BERCHTOLD (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967) 165 ff.

¹⁹⁸ KNOLL, Tradition der christlichsozialen Partei 167.

¹⁹⁹ „Schindler“-Programm 1891; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 167.

Kunschak, in der Partei als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden²⁰⁰. Orels, in der Tradition von Vogelsang stehendes „antikapitalistisches Zelotentum“, das sich mit seiner starken Betonung der Arbeitnehmerinteressen, insbesondere der Lehrlinge, gegen die kleingewerblichen Interessen richtete, fand innerhalb der Partei mehr Widerstand als Gehör²⁰¹. Die Anliegen des kleingewerblichen Mittelstandes und der Bauernschaft waren vorgereicht. Diese umfassten im Bereich der Landwirtschaft etwa die „Förderung des Genossenschaftswesens“, die „Erleichterung der Hypothekendarlehen auf den bäuerlichen Grundbesitz“ sowie die „gesetzliche Beschränkung der Zusammenlegung von bäuerlichen Gütern zu Großgrundkomplexen“, im gewerblichen Bereich die „strenge Durchführung der Gewerbenovelle des Jahres 1883 sowie den ungeschmäleren Einfluss der Gewerbetreibenden bei der Bildung von Genossenschaften²⁰². Ohne den Kapitalismus, Gewinnstreben und Privateigentum abzulehnen, wurden Solidarität und Subsidiarität zu den neuen sozialpolitischen Leitlinien der Christlichsozialen. Daran hielten sie bis 1914 fest. Mit Peschs „Solidarismus“ glaubte Schindler jenes integrative Element gefunden zu haben, das den Ausgleich zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft herbeiführen und eine Ausrichtung der Gesellschaft am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit bewirken konnte. Damit wirkte er über das nationale Segment der deutschsprachigen Katholiken hinaus. Sein gedanklicher Ansatz wurde von den Sozialtheoretikern der nichtdeutschsprachigen Bevölkerung, bisweilen in leicht modifizierter Weise, übernommen.

Quer durch alle Nationalitäten erlangte die „soziale Frage“ während der neunziger Jahre eine große Resonanz. Ideologisch orientierte man sich an den deutsch-österreichischen Christlichsozialen. So herrschte zwischen dem deutsch- und tschechischsprachigen Klerus in Böhmen in den sozialen Grundpositionen kein gravierender Unterschied. Bereits vor „Rerum novarum“ hatten sich Denkschulen entwickelt, eine davon im Brünner Priesterseminar. Brünn (Brno; *Brno*), das „mährische Manchester“, wurde zum Zentrum der mährisch-katholischen Sozialbewegung und in Anknüpfung an Bolzano sowie den Hegelianer František Matouš Klácel zur Keimzelle eines katholischen Sozialutopismus. Matěj Procházka, aus der Sicht Masaryks ein „christlicher Sozialist“²⁰³, avancierte zu ihrem spiritus rector. An der Arbeiterfrage entwickelte er seine sozialen Überlegungen, die in der allgemeinen Forderung, der Staat solle über die Gesetzgebung

²⁰⁰ BERTHOLD SUTTER, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848 bis 1918; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1: Die Völker des Reiches (Wien 1980) 219.

²⁰¹ KNOLL, Tradition der christlichsozialen Partei 129, 234 ff.

²⁰² „Schindler“-Programm 1891; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 166.

²⁰³ Vgl. ZORA DVOŘÁKOVÁ, František Matouš Klácel (= Odkazy prorokových osobností naší minulosti 41, Praha 1976); MASARYK ERZÄHLT SEIN LEBEN. Gespräche mit Karel Čapek. Übersetzt von Camill Hoffmann, herausgegeben von KAREL ČAPEK (Berlin 2^o.J.) 30; KURT A. HUBER, Die Enzyklika „Rerum Novarum“ und die Genesis der christlich-sozialen Volksparteien der Tschechoslowakei; in: KARL BOSL (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat (= Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München – Wien 1979) 241–269.

gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft auftreten, gipfelten²⁰⁴. Groß war der Einfluss der deutsch-österreichischen Vordenker auf ihn und andere. 1884 war Scheichers *Der Klerus und die soziale Frage* ins Tschechische übersetzt worden, und in den Priesterseminaren von Prag, Budweis (Budějovice; *České Budějovice*), Brünn und Olmütz (Olomouc; *Olomouc*) entstanden Diskussionsrunden. Zu sozialen Themenfeldern wurden Vorlesungen gehalten, in Prag von Wenzel Frind und in Brünn von Robert Neuschl, dem Verfasser einer Sozialethik. Neuschl war es auch, der sich im Rahmen des ersten „tschechoslowakischen“ Katholikentages in Brünn 1894 für die Anliegen von „*Rerum novarum*“ stark machte²⁰⁵. Er und die Gruppe um František Sušil richteten, anders als der Brünnener Kreis um Matěj Procházka und Josef Pospíšil, den Fokus aber nicht ausschließlich auf die Arbeiterschaft, sondern berücksichtigten wie Schindler die sozialen Anliegen anderer Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Bauernschaft²⁰⁶. Wie die deutsch-österreichischen Christlichsozialen erstrebte die im September 1894 konstituierte „*Křesťansko-sociální strana pro Čechy a Moravu*“ [Christlichsoziale Partei für Böhmen und Mähren] die „Lösung der sozialen Frage auf der Basis des Katholizismus“, ohne in einen „wildem Antikapitalismus“ zu verfallen. Sie näherte sich den von Schindler, der in Rudolf Vrba und Rudolf Horský kongeniale Mitstreiter fand²⁰⁷, vorgegebenen Prinzipien an. In Summe ergab das ein Programm, das einerseits „einen Sozialismus, der dem Staat allein Recht und Fähigkeit zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse zubilligte“, andererseits „einen Liberalismus, der den staatlichen Wirkungsbereich auf die Sicherung von Freiraum beschränkte“, ausschloss²⁰⁸.

²⁰⁴ Vgl. MATĚJ PROCHÁZKA, *Otázka dělnická* [Die Arbeiterfrage] (Praha 1898); JIŘÍ HANUŠ, Matěj Procházka und die christliche Lösung der sozialen Frage; in: LUKÁŠ FASORA, JIŘÍ HANUŠ, JIŘÍ MALÍŘ (Hgg.), *Sozial-reformatorisches Denken in den böhmischen Ländern 1848–1914. Akteure, Ideen, Realität* (München 2010) 93–106.

²⁰⁵ ARNOLD SUPPAN, *Christlich-demokratische Parteien bei den Tschechen*; in: *Christliche Demokratie* 4 (1986) 140; vgl. TOMÁŠ JOSEF JIROUŠEK, *Dějiny sociálního hnutí v zemích české koruny od roku 1840–1900* [Geschichte der sozialen Bewegung in den Ländern der böhmischen Krone 1840–1900], 3 Bände (Praha 1900).

²⁰⁶ Vgl. PAVEL VYCHODIL, *František Sušil* (Brünn 1898); TIMOTHEUS VODIČKA, *František Sušil (= Církev a vlast* 1, Brno 1946).

²⁰⁷ Vgl. u.a. RUDOLF VRBA, *Dělnictvo v boji za svá práva. Slovo pravdy o kapitalismu a liberalismu. Příspěvek k řešení otázky dělnické* [Die Arbeiterschaft im Kampfe um ihre Rechte. Ein Wort der Wahrheit über Kapitalismus und Liberalismus. Ein Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage] (Praha 1891); DERS., *Budoucnost národa. Úvahy o klerikalismu a našem sociálním a národnostním programu* [Die Zukunft der Nation. Überlegungen über Klerikalismus und unser soziales und nationales Programm] (Praha 1897); DERS., *Program české strany křesťansko-sociální* [Das Programm der tschechischen christlichsozialen Partei] (Praha 1897); DERS., *O úpadku stavu rolnického a o jeho záchraně* [Vom Verfall des Bauernstandes und von seiner Rettung] (Brno 1902); RUDOLF HORSKÝ, *Liberalismus, Socialismus, Anarchismus. Geschichtlich-soziale Skizze* (Warnsdorf 1897); PAVEL MAREK, *In den Intentionen der Enzyklika Rerum novarum: Der Beitrag Rudolf Horskýs zur Lösung der sozialen Frage*; in: FASORA, HANUŠ, MALÍŘ (Hgg.), *Sozial-reformatorisches Denken* 65–92; DERS., *Der tschechische politische Katholizismus in den Jahren 1890–1914*; in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 111 (2003) 445–469.

²⁰⁸ BARBARA SCHMID-EGGER, *Klerus und Politik in Böhmen um 1900 (= Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder* 21, München 1974) 175; vgl. *Programm der Partei des katholischen Volkes in Böhmen* [Program strany katolického lidu v Čechách]; in: *EBD*. 191 ff. Anm. 64.

Das galt weniger für den Laibacher Professor Janez Evangelist Krek²⁰⁹, der unter dem Einfluss der antikapitalistischen Gedankenwelt Vogelsangs, Albert Maria Weiß' und von „Rerum novarum“ innerhalb der slowenischen christlichsozialen Bewegung unter Beimengung sozialistischer Ideologeme bis 1914 zum progressiven Sozialideologen aufstieg²¹⁰. Im *Sozialplan der slowenischen Arbeiterstände* (1895) entwarf er sein Programm. Den Kern bildete im Gegensatz zu Aleš Ušeničnik, der eine Lösung der „sozialen Frage“ innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen befürwortete²¹¹, eine berufsständische antikapitalistische Gesellschaft auf demokratischer Grundlage. Neben den Interessenvertretungen von Arbeitern, Bauern und Gewerbetreibenden maß er im Prozess der Überwindung des Kapitalismus dem Genossenschaftswesen eine besondere Bedeutung zu. In diesem erblickte er die Alternative eines „dritten Weges“ zum Kapitalismus und Sozialismus²¹².

Die Auseinandersetzung zwischen dem „sozialreformerischen“ und „sozialpolitischen“ Flügel war kein slowenisches Spezifikum. Diese findet sich auch innerhalb der christlichsozialen Bewegungen der anderen Nationalitäten. In Galizien vertrat Klymentyj Šeptyc'kyj einen christlich-sozialreformerischen Standpunkt²¹³, im Rahmen des Krakauer Komitees entwickelte Stanisław Stojalowski, Initiator der galizischen Bauernbewegung, einen nationalen, populistischen Sozialkatholizismus. Wegen seiner scharfen Kritik an der Kirchenführung und seiner radikalen Position in der „sozialen Frage“ verfiel er 1896 sogar der vorläufigen Exkommunikation²¹⁴. Aus dem engen Kontakt zu den Wiener Christlichsozialen, allen voran Karl Lueger, und in Anlehnung an „Rerum novarum“ entwickelte der „Kämpfer“ für die sozial Benachteiligten die Programmatik der polnischen „Christlichsozialen Volkspartei“ mit sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der Arbeiter und Handwerker²¹⁵. Im Sinne von „Rerum novarum“ war aus der Ablehnung, nicht der Verneinung des bestehenden kapitalistischen Systems, ein soziales Ordnungskonzept erwachsen, das aus einer antiliberalen Perspektive auf eine Korrektur der negativen Begleiterscheinungen des Kapitalismus und eine Berücksichtigung der Interessen der sozial benachteiligten Arbeiter, Handwerker, Gewerbetrei-

²⁰⁹ Ausführlich WALTER LUKAN, Zur Biographie von Janez Evangelist Krek (1895–1917), 2 Bände, phil. Diss. (Wien 1984).

²¹⁰ Vgl. FRAN ERJAVEC, Zgodovina katoliškega gibanja na Slovenskem [Geschichte der katholischen Bewegung auf slowenischem Gebiet] (Ljubljana 1928).

²¹¹ Vgl. WALTER LUKAN, Die christlichsoziale Bewegung bei den Slowenen bis zum Zerfall der Habsburgermonarchie; in: Christliche Demokratie 4/3 (1986) 150; detaillierter Jožko PIRC, Aleš Ušeničnik in znamenja časov [Ušeničnik im Zeichen der Zeit] (Ljubljana 1986).

²¹² BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte 305.

²¹³ Vgl. ANDRII KRAWCHUK, Christian Social Ethics in Ukraine: The Legacy of Andrei Sheptytsky (Edmonton 1997).

²¹⁴ Vgl. KONSTANTY TUROWSKI, Historia ruchu chrześcijańsko-demokratycznego w Polsce [Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Polen] I (Warszawa 1989) 29–62; ANNA STAUDACHER, Der Bauernagitator Stanisław Stojalowski: Priester, Journalist und Abgeordneter zum österreichischen Reichsrat; in: Römische Historische Mitteilungen 25 (1983) 165–202.

²¹⁵ HARALD BINDER, Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 29, Wien 2005) 92 ff.; vgl. auch BOYER, Political Radicalism 344.

benden und Bauern hinauslief. Das war mit einer Aufwertung des Staates verbunden, von dem ein Engagement für die sozial Schwachen – von der Arbeiterschaft bis zu den Kleinbauern – eingefordert wurde.

Auch in der antikapitalistischen und antiindividualistischen Programmatik der österreichischen Sozialdemokraten fiel dem Staat – wenn auch auf eine völlig andere Weise als bei den Christlichsozialen – eine entscheidende Funktion zu. In der Einschätzung der staatlichen Sozialpolitik und den Entwürfen zu einer Sozialreform differierten die Ansichten zwischen den radikalen und gemäßigten Kräften. Für die einen war die Sozialreform eine „Makulatur am unveränderten kapitalistischen Ausbeutungssystem“, für die anderen „bloß ein ‚Palliativmittel‘“ und eine Voraussetzung, um in der kapitalistischen Gesellschaft durch eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität des Proletariats auf eine sozialistische Gesellschaft vorzubereiten²¹⁶. Unter dem Einfluss der in Frankreich, England und Deutschland entstandenen Sozialideologien hatten sich seit der Revolution von 1848 die Standpunkte der österreichischen Arbeiterbewegung herausgeformt. Von der Revolution hatte man sich noch nicht ganz verabschiedet. Auch war der soziale Utopismus noch nicht zu Grabe getragen worden. Ohne sich ausschließlich auf Marx und Engels festzulegen, strebte man die Schaffung einer solidarischen Gesellschaftsordnung unter Berücksichtigung der sozialen Interessenlagen der Arbeiterschaft an. Die anderen Gesellschaftssegmente blieben ausgespart. Zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft hatte der Staat sozialreformerisch aktiv zu werden. Dieses Ansinnen bildete die verbindende Klammer zwischen den einzelnen Gruppen über die nationalen Grenzen hinweg. Bis in die späten sechziger Jahre war das Ziel der Sicherung sozialer Grundrechte für das Proletariat noch nicht so klar ausformuliert. In den ersten, auf der Basis des Vereinsgesetzes von 1867 gegründeten Arbeitervereinen finden sich noch Reformansätze, vertreten etwa von Hippolyt Tauschinsky, in denen es nicht so sehr um eine gesellschaftliche Neuausrichtung als vielmehr um humanitäre Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse ging. In diesen Überlegungen hatte die liberale Idee der Selbsthilfe auf der Basis des von Hermann Schulze-Delitzsch begründeten Genossenschaftssystems unter Ausschaltung von staatlicher Hilfe noch einen Platz²¹⁷. Mit den Genossenschaften sollten ein Ausgleich der sozialen Gegensätze und die Schaffung einer „Mittelstandsgesellschaft“ erreicht werden²¹⁸. Sie wurden als ein Instrument zur Verhinderung der „Proletarisierung des vom Großkapital bedrohten handwerklich-kleingewerblichen Mittelstandes“ wie der Lohnarbeiter betrachtet, zugleich aber auch als eine Option für den Aufstieg des Proletariats in das Bürgertum. Für die Masse der Arbeiter stellte sich dieses Genossenschaftsmodell mit der Möglichkeit, selbstständiger Aktionär einer Produktivgenossenschaft zu werden, als Illusion heraus. Ähnliches galt

²¹⁶ MARGARETE GRANDNER, Sozialpolitik und Gewerkschaften. Aspekte der Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften; in: HELMUT KONRAD (Hg.), „Dass unsre Greise nicht mehr betteln gehn!“ Sozialdemokratie und Sozialpolitik im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn von 1880 bis 1914 (= Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien – Zürich 1991) 30.

²¹⁷ Vgl. HERMANN SCHULZE-DELITZSCH, Die sociale Frage: aus zwei Vorlesungen am 18. März und 2. April 1869 in Berlin und Cöln (Berlin 1869); DERS., Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland (Berlin 1870).

²¹⁸ WADL, Liberalismus und soziale Frage 76 f., 165.

für die Vorstellungen des tschechischen Juristen und Nationalökonomen František Ladislav Chleborad, dem wie Schulze-Delitzsch eine Lösung der „sozialen Frage“ im Sinne der Versöhnung von Arbeit und Kapital über die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe vorschwebte²¹⁹. Chleborads Auftreten blieb nur eine Episode, weil die Arbeiterschaft zu diesem Zeitpunkt eine Trennlinie zum Liberalismus zu ziehen begann.

Mit dem Aufstieg von Arbeitern in organisatorische Führungspositionen und im Gefolge der durch die Depression von 1873 ausgelösten Massenarbeitslosigkeit intensivierte sich die Rezeption der Ideen Ferdinand Lassalles, mitbedingt durch die Tatsache, dass Teile der Führungsgarnitur der österreichischen Arbeiterbewegung (u. a. Hermann Hartung, Heinrich Oberwinder, Konrad Groß, Johann Most) aus dem Deutschen Kaiserreich stammten und mit Lassalles Programmatik bestens vertraut waren. Das zeichnete neben einer engen organisatorischen Verbindung für eine verstärkte Ausrichtung an den Prinzipien des von Lassalle 1863 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ verantwortlich. Lassalles Devise für die Lösung der „sozialen Frage“, die von ihm eng mit der Frage der Demokratisierung des politischen Systems verknüpft wurde, war klar. In Übernahme der Hegelschen Doktrin von der zentralen Bedeutung des Staates, in dem er ein Instrument zur „Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit“ erblickte²²⁰, forderte er einen zugunsten der sozial Schwachen agierenden Staat, der von ihm wie von Marx und Engels als eine Institution der Klassenherrschaft aufgefasst wurde. Mit der Durchbrechung des Lohngesetzes galt es, den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer zu machen²²¹. Der Arbeiter sollte den gesamten Arbeitsertrag erhalten, der Staat das für den Betrieb der Fabriken erforderliche Kapital zur Verfügung stellen. Das war nur über die Demokratisierung des politischen Systems in Form eines allgemeinen gleichen Wahlrechts möglich. Der Lassalleanismus war ein gedankliches Gerüst, das innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung, die um ihr weltanschauliches Profil rang, breite Resonanz fand²²², auch bei den Tschechen und Slowenen, bei denen er „die einzige Symbolfigur war, die in den Vereinsräumen einen Platz erhielt“²²³. Über das Ziel bestand kein Zweifel: Der bestehende liberale Rechtsstaat war in einen sozial engagierten, demokratischen Staat umzuformen und das „Prinzip des Arbeiterstandes“ zum „herrschenden Prinzip der Gesellschaft“ zu erheben²²⁴, mit dem Ziel, den „sozialistische Zukunftsstaat“ zu schaffen.

²¹⁹ URBAN, Die tschechische Gesellschaft I 392 f.

²²⁰ FERDINAND LASSALLE, Gesammelte Reden und Schriften, herausgegeben von EDUARD BERNSTEIN II (Berlin 1919) 189.

²²¹ DERS., Offenes Antwortschreiben; in: DERS., Eine Auswahl für unsere Zeit, herausgegeben von HELMUT HIRSCH (Bremen 1964) 261.

²²² BRIGITTE KEPPLINGER, Lassalleanismus in der österreichischen Arbeiterbewegung bis 1914; in: WOLFGANG MADERTHANER (Hg.), Arbeiterbewegung in Österreich und Ungarn bis 1914. Referate des österreichisch-ungarischen Historikersymposiums in Graz vom 5. bis 9. September 1986 (= Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Materialien zur Arbeiterbewegung 45, Wien 1986) 140–159.

²²³ FRANC ROZMAN, Socialistično delavsko gibanje ja slovenskem Štajerskem do prve svetovne vojne [Die sozialistische Arbeiterbewegung in der slowenischen Steiermark bis zum Ersten Weltkrieg] (Ljubljana 1979) 47.

²²⁴ FERDINAND LASSALLE, Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (Zürich 1863) 32.

Der Neudörfler Delegiertentag 1874 wies in diese Richtung. Allerdings bildete im Kontext einer künftigen Gesellschaftsordnung die „soziale Frage“ nur eine Front unter mehreren. Am Ende des Tages setzten sich die klassenkämpferischen Vorstellungen Andreas Scheus von der „Befreiung des arbeitenden Volkes von der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft durch Abschaffung der modernen privatkapitalistischen Produktionsweise“ gegenüber den sozialliberalen Ideen Heinrich Oberwinders durch²²⁵. Mit dem mehrheitlichen Bekenntnis zu Scheu waren nicht nur die gemäßigten Kräfte in den Schatten gestellt²²⁶, sondern auch die Sozialrevolutionäre und „libertären Kommunisten“, für die die Demokratisierung des politischen Systems und der Gesellschaft keine Option zur Lösung sozialer Belange war, sondern die das Heil allein in einer sozialen Revolution mit dem Ziel der Schaffung einer „anarchistisch-kommunistischen Gesellschaft“ sahen²²⁷. Mit dem Neudörfler Programm, einem Mix von semirevolutionär-politischem und ökonomisch-staatsomnipotentem Inhalt, setzte die österreichische Arbeiterschaft ein erstes Zeichen, sich künftig des liberalen Rechtsstaates, der als ein Instrument der Klassenherrschaft interpretiert wurde, bedienen zu wollen²²⁸. In Anlehnung an das Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokraten lauteten die sozialen Forderungen: „Einführung eines Normalarbeitstages, Einschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken und industriellen Werkstätten, Einführung der Institution unabhängiger Fabriksinspektoren und Beseitigung der durch die Zuchthausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz“ sowie „staatliche Förderung des freien Genossenschaftswesens und staatliche Kredite für freie Arbeiter- und Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien“²²⁹. Damit stand man in einem Kontrast zu dem am 1. Oktober 1874 beschlossenen, von den Gedanken Oberwinders getragenen Programm des „Allgemeinen Österreichischen Arbeitervereines“²³⁰. „Auf dem Boden der realen Tatsachen“ stehend, ähnelte dieses mit dem Ruf nach einer „freisinnigen Gewerbeordnung“, einer „gründlichen Fabrikgesetz-

²²⁵ Das Neudörfler Programm 1875; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 115 f.; vgl. LUDWIG BRÜGEL, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie II: Der Kampf gegen die Internationale. Organisationsversuche (1870 bis 1878) (Wien 1922) 244 f.

²²⁶ Vgl. JASNA FISCHER, Delavska izobraževalno društva in začetki delavskega gibanja v Ljubljani [Die Arbeiterbildungsvereine und die Anfänge der Arbeiterbewegung in Laibach]; in: Zgodovinski časopis 23 (1973) 33 f.; FRANC ROZMAN, Socialistično gibanje na slovenskem Štajerskem do leta 1874 [Die Arbeiterbewegung in der slovenischen Steiermark]; in: Zgodovinski časopis 27 (1977) 51 f.; JIŘÍ KOŘALKA, Severočestí socialisté v čele dělnického hnutí českých a rakouských nemí [Die nordböhmisches Sozialisten an der Spitze der Arbeiterbewegung in den böhmischen und österreichischen Ländern] (Liberec 1963).

²²⁷ ANNA STAUDACHER, Sozialrevolutionäre und Anarchisten. Die andere Arbeiterbewegung vor Hainfeld (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 39, Wien 1988) 3 f.

²²⁸ WALTER GÖHRING, Die politische Bedeutung des Neudörfler Parteitag 1874 für die österreichische Arbeiterbewegung; in: INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG. 100 Jahre sozialdemokratischer Parteitag Neudörf 1874 (= Geschichte der Arbeiterbewegung, Tagungsberichte 8, Wien 1976) 27.

²²⁹ Das Neudörfler Programm 1875; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 116; Das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869; in: EBD. 123 f.

²³⁰ Oberwinders Aufruf zur Gründung eines „Allgemeinen Österreichischen Arbeitervereines“ 1874; in: EBD. 116 ff.

gebung“ sowie einer „staatlichen Förderung der freien individuellen Assoziation der Arbeiter“ mehr den Vorstellungen des Sozialliberalismus, der sich unter Berücksichtigung der privaten Initiative eine begrenzte Kooperation mit dem Staat vorstellen konnte²³¹. Ohne auf Lassalles Ideen zurückzugreifen, war man im Interesse sozialer Reformen bereit, mit den staatlichen Instanzen zu kooperieren.

Ohne zunächst über ein großes sozialpolitisches Konzept zu verfügen, begannen auch die Liberalen ab den achtziger Jahren die „soziale Frage“ zu einem Thema ihres politischen Agierens zu machen. Ein 1882 eingebrachter Antrag verlangte eine Regelung der täglichen Arbeitszeit für Kinder und Frauen, die Bestellung von Fabrik- und Gewerbeinspektoren, die Einführung einer obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung sowie eine Reform der öffentlichen Armenfürsorge. Abgeordnete der „Fortschrittspartei“ setzten sich für die Einführung der Sonntagsruhe und Gewerbegerichte ein²³². Bis in die späten neunziger Jahre wurde der Katalog sozialer Forderungen ausgeweitet. Man verlangte „eine Reform der Arbeiterversicherung und Ergänzung derselben durch successive Einführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung unter Beitragsleistung des Staates und stete Rücksichtnahme auf die Concurrentfähigkeit der Industrie“ sowie eine „fortschrittliche Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetze“²³³.

Das war aber eine andere Welt und nicht die tragende Sozialideologie der Arbeiterbewegung. Deren Credo orientierte sich vorerst noch am Lassalleanismus²³⁴. Dessen Prinzipien flossen in das Břevnower Programm der „Tschechoslawischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (8. April 1878) ein²³⁵, eine „inkonsistente Vermischung bestimmter marxistischer Vorstellungen mit analogen Ansichten Lassalles“²³⁶. Die Formel lautete: „Allen Gliedern der [tschechischen] Gesellschaft“ hat ein „möglichst hoher Wohlstand“ gesichert zu werden. Das war gleichbedeutend mit der „Abschaffung der Lohnarbeit, [...] jeder wie immer gearteten Ausbeutung des Menschen durch die Menschen, die Abschaffung jeder sozialen und politischen Ungleichheit in der Gesellschaft“²³⁷. Der „gesetzliche Schutz gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeiter aus dem Grunde, damit sie körperlich nicht immer mehr herabsinken und [...] sie zur Durchführung ihrer kulturellen Aufgabe fähig bleiben“, stand außer Frage²³⁸. Daran

²³¹ WADL, Liberalismus und soziale Frage 134.

²³² HARRINGTON-MÜLLER, Fortschrittsklub 147.

²³³ Programm des Klubs der Deutschen Fortschrittspartei vom 6. April 1897, zit. EBD. 164.

²³⁴ Vgl. BRIGITTE PERFAHL, Marx oder Lassalle? Zur ideologischen Position der österreichischen Arbeiterbewegung 1869–1889 (= Materialien zur Arbeiterbewegung 22, Wien 1982) 21–112.

²³⁵ BŘEVNOVSKÝ SJEZD. EDICE ARCHIVNÍCH DOKUMENTŮ [Der Parteikongress von Břevnow. Edition der Archivadokumente] (Praha 1978).

²³⁶ URBAN, Die tschechische Gesellschaft I 507.

²³⁷ Programm der Tschechischen Arbeiterschaft; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 136; Programm der Tschechoslawischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom Jahre 1878, zit. BRÜGEL, Sozialdemokratie III: Propaganda der Tat. Einigung (1878 bis 1889) 82 ff.; dazu ARNOŠT KLÍMA, Počátky českého dělnického hnutí [Die Anfänge der tschechischen Arbeiterpartei] (Praha 1946); FRANTIŠEK JORDÁN, Problémy rozkolu dělnického hnutí v českých zemích na umírněné a radikály (1879–1889) [Probleme der Spaltung der Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern in Gemäßigte und Radikale (1879–1889)] (Praha 1965).

²³⁸ Programm der Tschechischen Arbeiterschaft; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 137.

hielten die tschechischen Sozialdemokraten fest. Weder der Brünner Arbeitertag vom Oktober 1882 noch der „Kongreß der tschechoslawischen Arbeiterschaft“ vom Dezember 1887 rüttelten daran²³⁹. Der „zehnständige Arbeitstag im allgemeinen und achtstündiger Arbeitstag bei kontinuierlicher Arbeit, [...] die Begrenzung der Frauenbeschäftigung, die Abschaffung der Kinderarbeit [...] und [die] staatliche Unterstützung für unabhängige, von Arbeitern begründete Betriebe“ blieben die Hauptanliegen²⁴⁰.

Vor dem Hintergrund des Beginns der „Blütezeit der Sozialreform“ erfolgte die ideologische Neuausrichtung der Arbeiterbewegung²⁴¹. Davon war auch die soziale Frage tangiert. In Anlehnung an die Kautsky'sche Programmatik und unter der geistigen Federführung Victor Adlers ausgearbeitet, postulierte die Hainfelder „Prinzipienerklärung“ den „sozialistisch-marxistischen Zukunftsstaat“ als Gegenmodell zum liberalen Rechtsstaat und zur christlichsozialen berufsständischen Staatsutopie²⁴². Verbunden damit war eine Abkehr vom Lassalleanismus als bestimmender Ideologie der cisleithanischen Arbeiterbewegung. Hinsichtlich der Arbeiterschutzgesetzgebung war es ein „Kampfprogramm“, das die „unzulänglichen Maßnahmen der Regierung [Taaffe, W.D.]“ bloßstellen sollte²⁴³. In einem ähnlichen Sinn hatten sich 1882 im „Linzer Programm“ die Deutschnationalen unter Georg von Schönerer einem mit einer antisemitischen, antikatholischen Ausrichtung versehenen „nationalen Sozialismus“ verschrieben, dessen sozialpolitische Forderungen klassenkämpferische Züge trugen: „Einführung einer progressiven Einkommenssteuer [...] unter Festsetzung eines steuerfreien Existenzminimums, [...] eine gründliche Reform der Erbsteuer mit besonderer Berücksichtigung der Armenversorgung [...], eine gründliche Reform der indirekten Steuern [...], [so] daß die unentbehrlichen Lebens- und Gebrauchsartikel gar nicht oder in möglichst geringem Maße [...] getroffen werden“, darüber hinaus aber auch die „Organisation der arbeitenden Klassen durch Einführung von obligaten Gewerbevereinigungen und Arbeitergewerksvereinen, [...] die Verstaatlichung des Versicherungswesens und gleichzeitige Einführung einer Alters- und Unfallversicherung“ sowie ein „wirksames Eingreifen des Staates zur Verhinderung der weiteren Überschuldung [...] von Bauergütern“ und die „Schaffung eines Heimstättengesetzes (exekutionsfreies Existenzminimum)“²⁴⁴. Das wurde im Wesentlichen 1896 im Programm der „Deutschen Volkspartei“, die sich auch als „sozialreformativ“

²³⁹ URBAN, Die tschechische Gesellschaft I 590 ff.

²⁴⁰ ČESTMÍR JEŠINA, Die Wurzeln, Vorstellungen und Ziele der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie (1878–1918); in: JAROSLAV KREJČÍ (Hg.), Sozialdemokratie im Systemwandel. Hundert Jahre tschechoslowakische Erfahrung (= Internationale Bibliothek 112, Berlin – Bonn 1978) 17.

²⁴¹ BRÜGEL, Soziale Gesetzgebung 142.

²⁴² HANS HAUTMANN, RUDOLF KROPF, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (= Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 4, Wien – München – Zürich ³1978) 94.

²⁴³ HERBERT STEINER, Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereines bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 2, Wien 1964) 284.

²⁴⁴ Das „Linzer Programm“ der Deutschnationalen 1882; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 201 f.

definierte, fortgeschrieben²⁴⁵. Die Richtung der Sozialprogrammatik des Deutschnationalismus hatte bereits der alldeutsche „Prophet“ 1879 zuvor in seinem „Programm“ vorgegeben, als er als Teil umfassender Sozialmaßnahmen „statt des jetzigen unrationellen Einkommenssteuergesetzes [...] eine Einkommenssteuer mit progressiven Steuersätzen“ forderte, „damit der Gerechtigkeit entsprochen werde, welche den Reichen heranzuziehen befiehlt, um den [...] unverhältnismäßig belasteten Minderbemittelten und Armen zu entlasten“²⁴⁶.

Im Fahrwasser der Programmatik eines integralen Nationalismus, allerdings frei von antisemitischen Ressentiments, setzte sich Tomáš G. Masaryk, wie Josef Kaizl und Karel Kramář geprägt von seinem Universitätslehrer Lujo Brentano, mit der Bedeutung der „sozialen Frage“ für die Tschechen auseinander. Für ihn lag „der Kern der ganzen politischen Situation [...] in den böhmischen Ländern“ im sozialen Problem und um 1890 „vor allem in der Arbeiter-, Kleingewerbe- und Bauernfrage“²⁴⁷. Als Therapie präsentierte er ein „Humanitätsprogramm“²⁴⁸. In dieses, ein Programm sozialer Reformen und „angesichts der tschechischen Verhältnisse [...] eine subtile Variante eines bürgerlich-sozialreformatorischen und nationalen Sozialismus“²⁴⁹, mit der er eine Klassen übergreifende integrale Ideologie zu schaffen sich erhoffte, waren zahlreiche sozialpolitische Forderungen der Sozialdemokraten eingeflossen. Die Zukunft gehörte dem „assoziativen Kollektivismus“, während der „Staatssozialismus“ nur mit „einer gewissen Reserve“ zu wünschen war²⁵⁰.

Masaryk und die übrigen Sozialtheoretiker unterschiedlichster ideologischer Provenienz fügten sich in die um 1890 herrschende soziale Aufbruchstimmung ein. Selbst seitens der Arbeiterschaft wurde das so gesehen: „Wir leben nicht nur im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität, sondern auch der Sozialreform“, stellte einer der Delegierten der Hainfelder Zusammenkunft fest²⁵¹. Erste weit reichende sozialpolitische Gesetze waren in Kraft gesetzt worden bzw. wurden in Kraft gesetzt. Victor Adler sprach sogar von der „besten Arbeiterschutzgesetzgebung der Welt“. Ungeachtet dessen forderte man, um „das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen“ zu hemmen, „eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-

²⁴⁵ Das Programm der Deutschen Volkspartei 1896; in: EBD. 205–208.

²⁴⁶ EDUARD PICHL (Hg.), Georg Schönerer und die Entwicklung des Alldeutschtums in der Ostmark. Ein Lebensbild I: 1873–1889 (Berlin ³1938) 85.

²⁴⁷ Zit. ROLAND J. HOFFMANN, T. G. Masaryk und die tschechische Frage I: Nationale Ideologie und politische Tätigkeit bis zum Scheitern des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuchs vom Februar 1909 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 58, München 1988) 145.

²⁴⁸ Vgl. TOMÁŠ G. MASARYK, Otázka sociální. Základy marxismu sociologické a filosofické [Die soziale Frage. Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus] (Praha 1898; dt. Ausgabe Wien 1899).

²⁴⁹ HOFFMANN, Masaryk 152.

²⁵⁰ EBD. 150 Anm. 68.

²⁵¹ Protokolle des sozialdemokratischen Parteitags 1888/89, zit. EVERHARD HOLTSMANN, Arbeiterbewegung, Staat und Sozialpolitik in der Spätzeit der Habsburgermonarchie. Strukturelle Bedingungen österreichischer Sozialgesetzgebung 1890 bis 1914; in: ISABELLA ACKERL, WALTER HUMMELBERGER, HANS MOMMSEN (Hgg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag I (Wien 1981) 239.

gesetzgebung [...], deren Durchführung unter der Mitkontrolle der Arbeiterschaft sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter“²⁵². Daraus erwuchs ein Forderungsprogramm, das vom achtstündigen Maximalarbeitstag über die „volle Sonntagsruhe von Samstag abend bis Montag früh“ bis hin zur Mitwirkung der Arbeiterorganisationen „durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrolle der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung“ reichte²⁵³. Bis 1914 bildete die Hainfelder „Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ‚Sozialreform‘“ das Fundament des sozialpolitischen Agierens der Sozialdemokratie. Daran änderte der infolge des Nationalitätenhaders sich vollziehende Zerfall der Gesamtpartei in nationale Sozialdemokratische Parteien nichts. In sozialen Belangen wusste man sich eins. Mit ihren sozialen Ansprüchen wies die Hainfelder Resolution in Richtung der staatlichen Intervention und von „Sozialisierungsmaßnahmen“, aber auch einer selektiven Einbindung der Arbeiterschaft in staatliche Entscheidungsprozesse, an denen ab den neunziger Jahren die Sozialdemokratie teils in Form von Enqueten zu Sozialfragen, teils über ihre Repräsentanten – wie etwa das Mitglied des „Adlerhorstes“ Heinrich Braun, den Spezialisten für Sozialversicherungsrecht Leo Verkauf²⁵⁴ oder den Sozialmediziner Ludwig Teleky²⁵⁵ –, bei der Neugestaltung des Sozialrechts maßgeblich eingebunden war. Um die Jahrhundertwende stieg die Sozialdemokratie über die gewerkschaftlichen Organisationen endgültig in die sozialpolitische Diskussion mit den staatlichen Instanzen ein.

Quer durch alle politischen Lager und über die nationalen Grenzen hinweg, versehen mit einem sozialtheoretischen Überbau, hatte sich am Vorabend des „Großen Krieges“ aus der antimodernistischen Kritik an der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Industriegesellschaft jene Vorstellung durchgesetzt, die im Staatsinterventionismus das Mittel für die Lösung der „sozialen Frage“ erblickte²⁵⁶. Man forderte von jenem Staat, den man nationalpolitisch bekämpfte, eine sozialpolitische Führungsrolle. Die von Adolph Wagner entwickelte These, wonach bei fortschreitenden Kulturvölkern eine regelmäßige Ausdehnung der Staatsaktivitäten erfolge und der Staat „seine Leistungen auf dem Gebiet des Cultur- und Wohlfahrtszwecks [...] beständig mehr“ ausdehne²⁵⁷, gewann an Gestalt. Angesichts der vorhandenen sozialen Defizite befürworteten die akademischen Sozial-

²⁵² Hainfelder Parteiprogramm 1888/89; in: BERCHTOLD (Hg.), Parteiprogramme 139.

²⁵³ EBD.

²⁵⁴ LEO VERKAUF, Heraus mit der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter! Ein Beitrag zur Reform der Arbeiterversicherung (Wien 1901); DERS., Zur Geschichte des Arbeiterrechts in Österreich (= erweiterter Abdruck aus dem Österreichischen Staatswörterbuch, Wien 1905); DERS., Reform und Ausbau der österreichischen Arbeiterversicherung. Kritische Studie zum Regierungsprogramm (Wien 1905); DERS., Die Regierung im Kampfe gegen die Sozialversicherung (Wien 1911).

²⁵⁵ Vgl. ANDREAS WULF, Der Sozialmediziner Ludwig Teleky (1872–1957) und die Entwicklung der Gewerbehygiene zur Arbeitsmedizin (= Mabuse-Verlag Wissenschaft 52, Frankfurt am Main 2001).

²⁵⁶ Vgl. HERBERT HOFMEISTER, Recht, Staat und soziale Frage: Staatshilfe und Selbsthilfe; in: EMIL BRIX, PATRICK WERKNER (Hgg.), Die Wiener Moderne. Ergebnisse eines Forschungsgesprächs der Arbeitsgemeinschaft Wien um 1900 zum Thema „Aktualität und Modern“ (= Eine Veröffentlichung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Wien – München 1990) 54–57; GRANDNER, Staatliche Sozialpolitik 162 ff.

²⁵⁷ ADOLPH WAGNER, Grundlegung der politischen Ökonomie II (Leipzig ³1893) 892.

theoretiker die obrigkeitsstaatlich gelenkte Intervention. In diesem Punkte wussten sie sich mit Teilen der staatlichen Administration einig. Im politischen Alltag forderten die Parteienvertreter vom Staat, für eine „gerechtere“ Verteilung der Güter und für eine Relativierung der sozialen Unterschiede zu sorgen. Anvisiert wurde nicht in Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum liberalen Rechtsstaat der sozial agierende Staat als Vorstufe zum Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat. „Solidarschutz für die Schwachen der Gesellschaft“ lautete quer durch die Parteienlandschaft das Motto. Darüber bestand noch irgendwie ein common sense. Höchst unterschiedlich waren die Ansichten, in welcher Form und in welcher Intensität das staatliche Agieren geschehen sollte. Die Sozialmodelle reichten von einem „staatssozialistisch“ agierenden bis hin zu einem auf der korporativen Gesellschaftslehre und sozialromantischen Vorstellungen aufbauenden, den Kapitalismus akzeptierenden Staat, in dem sich die Klassen in einem sozialpartnerschaftlichen Miteinander auf einen Interessenausgleich verständigten. Auch wenn der österreichische Kaiserstaat in den Juli-Tagen 1914 noch weit von einem Sozialstaat entfernt war, seitens der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis waren in Umsetzung sozialtheoretischer Postulate erste grundlegende Schritte in diese Richtung gesetzt worden. Im Umfeld der permanenten politischen Krise im ersten Jahrzehnt nach 1900 büßten sie aber an Nachhaltigkeit ein. Andererseits offenbarten die Versuche der Umsetzung sozialreformerischer Ideen durch eine entsprechende Sozialgesetzgebung, dass der Kaiserstaat abseits des eskalierenden nationalen Haders sich im Sozialbereich als – zumindest begrenzt – reformfähig erwies. Wie im Falle des Wahlrechts ging es auch bei der Bewältigung der sozialen Frage darum, die staats- und systemkritische Distanz der Arbeiterschaft zum Staat zu überwinden und diese mit dem Staat zu versöhnen. Am Ende erwies sich das als eine trügerische Hoffnung. Die Vision des Nationalstaates übte ungleich mehr Anziehungskraft aus als die Utopie des modernen Sozialstaates.